Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 278. Montag den 28. November 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Parlamentarisches System oder Absolutismus.

Die deutsche Reichsverfassung ist nur so lange möglich, als das verfassungswidrige Pluralsystem der Wahlkreiseinteilung den Willen des Volkes fälscht, der junkerliche Wahlterrorismus im Osten die Massen in politischer Hörigkeit erhält und, unter dem heuchlerischen Lärm des religiösen Schreckens, Proletarier der Stadt und des flachen Landes dem Zentrum, der Partei des katholischen Adels, folgen. Der Deutsche Reichstag lebt vierzig Jahre lang von einer Lüge. Was man deutsche Reichsverfassung nennt, war die in Paragraphen gebrachte, mit konstitutionellen Phrasen verkleidete, echt preußisch gaukelnde Diktatur einer einzelnen Persönlichkeit, Bismarcks. Sie ist aus dem Kriegsrecht des Siegers im Norddeutschen Reichstag geschaffen, als das liberale Bürgertum vor dem leidenschaftlich gehaßten Triumphator in die Knie gesunken war; sie wurde im Taumel neuer Siege, im Rausche der Milliardenflut besinnungslos ins Deutsche Reich übernommen. Die Unterwürfigkeit des Liberalismus erhielt den konstitutionellen Bankert am Leben. Dann wurden die Parteien durch die schutzzöllnerische Beutepolitik zusammengekauft, durch den Sozialistenschrecken zusammengetrieben. Und endlich nahm die alleinseligmachende Kirche das Scheusal in ihren zärtlichen Schutz; in ihrem Schoße aber wird es nun vollends verwesen.

Wir nähern uns in Deutschland mit raschen Schritten dem Entscheidungskampf um eine Verfassung. Die Zeit des durch Parlamentsreden gemilderten Absolutismus geht zu Ende. Die von dem Diktator geschenkte Scheinverfassung muß durch eine vom Volk eroberte wirkliche Verfassung ersetzt werden, wenn Deutschland endlich in die Bahn einer freien und friedlichen Entwicklung der inneren Zustände einmünden soll. In demselben Augenblick, da die Nation zum politischen Selbstbewußtsein gelangt und der Reichstag der Ausdruck dieses Selbstbewußtseins wird, ist die Verfassung unmöglich — unmöglich für die herrschenden Klassen und Cliquen, die mit dem Staatsstreich wider das Wahlrecht, an dem sie sterben, sich schließlich wehren werden; unmöglich für das Volk, das nur ein verkümmertes Recht zu hindern und gar kein Recht zu schaffen durch die deutsche Verfassung erhalten hat. Sobald der Deutsche Reichstag zur wirklichen Volksvertretung geworden ist, muß der Konflikt in aller Heftigkeit losbrechen und bis zum äußersten durchgekämpft werden. Die nächsten Reichstagswahlen bereits werden mitten hinein in diese Kämpfe zwingen, die zunächst von den herrschenden Klassen gegen das demokratische Element der Reichsverfassung werden entfesselt werden. Die Defensive für das Wahlrecht wird dann ganz von selbst zur Offensive für eine wirkliche Verfassung. Denn nur deshalb, weil wir in Deutschland das parlamentarische System noch nicht errungen haben, ist es überhaupt möglich, daß mächtige Parteien das letzte Recht des Volkes anzutasten wagen oder daß der Monarch in weithin hallenden Reden und unverhüllten Bekenntnissen selbst das bißchen Scheinverfassung außer Kraft zu setzen geruht. Der Reichstag ist in der gegenwärtigen Verfassung nur so lange denkbar, als er sich mit der Rolle des Polizeihundes begnügt, der nach schlechtgekleideten Steuerträgern wittert und ihnen alsbald an die Gurgel fährt.

Gerade die jetzige Reichstagstagung ist geeignet, den Blick für die Würdelosigkeit, den Unsinn und die Gemeingefährlichkeit unserer verfassungsmäßigen Zustände zu schärfen. Alle Nachwahlen haben bewiesen, daß dieser Reichstag längst nicht mehr den Willen des Volkes darstellt. Dennoch wird er nicht etwa aufgelöst, sondern man mutet ihm im Gegenteil zu, noch vor Torschluß in aller Hast ein ungeheures Gesetzgebungsmaterial zu erledigen, das alle Ansprüche fortschrittlicher Entwicklung verhöhnt. Die positive Arbeit der reaktionären Regierung und der verkommenen Mehrheit ist in diesem Fall die Negation jeder verständigen Reform, und dieser Reichstag würde nur dann im kulturellen Sinne positiv arbeiten, wenn er diesen ganzen Gesetzgebungswust negiert. Aber das ist eben gerade die politische Absurdität der deutschen Zustände: eine Regierung und eine Parlamentsmehrheit, die den Willen der Nation gleichermaßen verhöhnt. Gleich die erste Interpellation über die Fleischnot hat diese Ohnmacht des Volkswillens kraß aufgedeckt. Das Volk hungert, aber die Regierung wagt mit schnöden Redensarten den Hunger zu verhöhnen und eine brutale Mehrheit, die sich noch in der Macht und deshalb im Recht fühlt, deckt diese Regierung. Aber wenn selbst die Mehrheit eine Abhilfe gebieterisch gefordert haben würde, sie hätte keine verfassungsmäßige Macht, ihren Willen durchzusetzen — der preußische Bundesrat hätte solche Willensäußerung ebenso mißachtet wie die unzähligen Anträge, die der Reichstag im Laufe der Jahre für den Papierkorb beschlossen hat. Der Reichstag kann einen Willen äußern, aber seinen Willen nicht zur Tat werden lassen. Er kann eine seinem Willen trotzende Regierung nicht einmal zur Verantwortung ziehen, denn es gibt keine verantwortliche Regierung. Daß sich der Reichskanzler verantwortlich nennt, ist eine gänzlich unwirksame Fiktion. Der einzige verantwortlich betitelte Beamte empfängt seine Vorschriften einmal von einer nichtverfassungsmäßigen fremden Stelle, von der herrschenden Kasse Preußens und sodann von einem Manne der die Benediktiner für die Durchführung seiner Politik sicher geeigneter hält als die berufene Volksvertretung.

So hat sich die deutsche Verfassung durch die Jahrzehnte nur deshalb erhalten können, weil der Deutsche Reichstag freiwillig auch auf die wenigen Rechte verzichtete, die ihm eingeräumt sind, und weil darum der herrschende Absolutismus der die Monarchie regierenden Klasse mit dem Parlament auszukommen vermochte. All das Geschrei nach Staatsstreichen, nach Gewalt- und Ausnahmegesetzen erklärt sich aus dem Gefühl, daß schon die nächsten Jahre darüber entscheiden werden, ob das Deutsche Reich ein Verfassungsstaat sein wird. Parlamentarisches System oder Absolutismus — es gibt keinen Ausgleich mehr durch scheinkonstitutionelle Zwitterbildungen, wenn die in der deutschen Reichsverfassung wirkenden unvereinbaren Widersprüche sich zu klarer Gegensätzlichkeit der Gewalten und Interessen entfalten.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Byzantinerblock.

Die Sterbenden grüßen ihren Cäsar. Der Schnapsblock klammert sich in der Verzweiflungsstunde an den Thron. Vor der Macht der Demokratie flüchten die herrschenden Klassen in die Finsternisse des Absolutismus zurück. Die elementarsten Begriffe der bürgerlichen Freiheit werden der Angst um den Geldsack geopfert. Der Reichskanzler spricht wie ein Gardepräfekt der späteren römischen Kaiserzeit, und Hertling, Heydebrand, Dirksen, Liebermann von Sonnenberg und Bruhn formieren sich zur prätorischen Garde des Gottesgnadentums, deren Führung Major von Bethmann, die an den Ritter von der traurigen Gestalt erinnernde längliche Unzulänglichkeit, mit komischem Händefuchteln übernimmt. Die deutsche Ära Polignac scheint da zu sein. Schon hat, wie 1830 Chabron und Courvoisier, die bürgerlichen Minister, aus dem Junkerkabinett ausgetreten, Dernburg, der ministerielle Konzessionsschulze der deutschen Bourgoisie, den Staub von den Füßen geschüttelt. Sämtliche Parteien und Parteichen des Schnapsblockes haben Junker als ihre Fraktionsredner vorgeschickt. (Bruhn, der die einzige Ausnahme gebildet hätte, kam leider nicht mehr dran.) Auch ein Zeichen der Zeit! Feudalismus und Absolutismus, durch Klerikalismus verstärkt, treten der Demokratie entgegen, die im Proletariat ihre Vorhut und ihre Kerntruppen besitzt. Die Firma Thron, Altar, großes Portemonnaie etabliert sich aufs neue und empfiehlt sich einer sündigen Welt zur Heilung aller Schäden der Zeit. Und weil das große Portemonnaie in der Firma ist, erstreckt sich die Anziehungskraft bis weit nach links. Zwar die Freisinnigen, für die Herr von Payer nicht übel sprach, sind in ihrer Gesamtheit noch nicht pachnifiziert, sich ohne weiteres als Hilfstruppe der Prätorianergarde des Byzantinerschnapsblocks anzugliedern. Aber wie wenig auf die Nationalliberalen zu zählen ist, beweist die Einerseits-anderseits-Rede des Herrn Bassermann, der gewiß nicht in den blutrünstigen bramarbasierenden Ton der reaktionären Maulhelden verfiel, der auch im wohltuenden Gegensatz zu dem jesuitischen Junker Hertling an den sogenannten Novembererrungenschaften festhielt, aber durch einen tiefen Kotau vor dem „monarchischen Gefühl" schließlich doch wieder aufhob, was an zahmer Opposition noch in seiner Rede vorhanden war.

Den äußern Hergang der Sitzung, besonders die kraftvollen Reden unserer Genossen Ledebour und David, erfahren die Leser aus dem Bericht. Die Besprechung der Interpellation über die Versicherung der Privatbeamten lief aus wie das Hornburger Schießen. Genosse Robert Schmidt hob mit kurzen Worten hervor, daß die Privatbeamten von der Reichsregierung nichts zu erwarten haben. Am Montag stehen u. a. die Schiffahrtsabgaben zur Beratung.

Die bürgerlichen Preßstimmen über die letzte Reichstagssitzung.

Die Reichstagsdebatten über die Kaiserreden haben in den Berliner Sonntagsblättern nur ein schwaches Echo gefunden. Einzig die freikonservative „Post" übernimmt sich in Pathetik, indem sie den Rednern der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen nachsagt, sie hätten einmütig ihr Schild vor ihrem zu Unrecht angegriffenen Kaiser und Herrn gehalten. Weiter fordert das Scharfmacherblatt im Sinne des Herrn v. Heydebrand Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie. Solcher plumpen Ausnutzung der Situation glaubt die „Germania" entgegentreten zu müssen. Das Zentrumsblatt schreibt:

„Von dem Abg. v. Heydebrand war es vielleicht nicht ganz klug, daß er bei dieser Gelegenheit die Regierung zu scharfem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie aufforderte. Das bot den Genossen den willkommenen Agitationsstoff, der bei der Interpellationsmaterie selbst nicht herausspringen wollte. Sie werden jetzt wieder, wie es schon der Abg. David sofort tat, über die Scharfmacher lärmen, die ein neues Sozialistengesetz forderten. Es wird wenig nützen, daß der Abg. v. Dirksen Heydebrands Äußerungen abzuschwächen versucht zu einem bloßen Wunsche nach schrofferer Handhabung des Majestätsbeleidigungsparagraphen."

Gegen das Märchen des schwarzblauen Blocks, daß die letzten Reden des Kaisers die Zustimmung aller „nationalen" Bevölkerungsschichten gefunden hätten, wendet sich die „National-Zeitung":

„. . . . . Die Wirkung der letzten Kundgebungen ist doch die gewesen, daß sie in weiten Kreisen im Volke die frühere Verstimmung wieder wach gerufen hat, die glücklich überwunden schien. Dieses Moment darf nicht übersehen werden und auch nicht ignoriert, wie es Herr v. Heydebrand getan hat, der dafür den Ruf nach Ausnahmegesetzen dem Kanzler in die Ohren schrie."

Die neue Militärvorlage.

Die Regierung hat den „Berliner Lokal-Anzeiger" auserkoren, den Inhalt der neuen Militärvorlage der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Das Blatt schreibt in seiner Nr. 601 vom 25. November 1910:

„Der Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke wird in der vom Bundesrat festgestellten Fassung, wie wir hören, die durchschnittliche Jahresstärke des deutschen Heeres vom April des nächsten Jahres an derart steigern, daß sie im Jahre 1915 die Zahl von 515 321 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht. Auf dieser Höhe bleibt die Truppenzahl bis zum Ablauf des neuen Quinquennats, also bis zum 1. April 1916, bestehen.

Infolge der Steigerung der Friedenspräsenz greift auch eine Vermehrung der Zahl der Formationen Platz, so daß nach völliger Ausbildung der in Aussicht genommenen neuen Organisationen bestehen sollen: bei der Infanterie 634 Bataillone, bei der Kavallerie 510 Eskadrons, bei der Feldartillerie 592 und Fußartillerie 49 Bataillone, Pioniere 29, Verkehrstruppen 17 und Train 23 Bataillone.

Die veranschlagten Mehrkosten infolge der Organisationsänderungen sollen nach unseren Informationen auf 21,8 Millionen fortdauernde und 82,4 Millionen einmalige Ausgaben sich stellen. Bekanntlich sind im Reichsetat für 1911 als fortdauernde Aufwendungen nur 3,7 Millionen und einmalig 4,2 Millionen angefordert, so daß für die folgenden Jahre 1912 bis 1917 noch 18,1 Millionen fortdauernd und 78,2 Millionen einmalig zu beschaffen sein würden.

Für das Jahr 1911 wird, wie in den Mitteilungen über den Reichshaushaltsetat angegeben, zunächst die Verstärkung der Infanterie durch Beschaffung von 107 Maschinengewehrkompagnien in Angriff genommen. Bei dieser Gelegenheit sollen fünf schon bestehende Maschinengewehr-Abteilungen in Maschinengewehr-Kompagnien umgewandelt werden. Im allgemeinen soll die Ausstattung eines Regiments jeder Infanteriebrigade mit einer Maschinengewehrkompagnie erreicht werden. Bei der Infanterie wird vor allem die Ausfüllung der Lücken im sächsischen Kontingent durch Bildung eines Bataillons erfolgen. Für Preußen wird die Erhöhung des Etats der Bataillone zweier Infanterie-Regimenter als dringlich erachtet. Bei der Feldartillerie werden in Preußen zwei neue Regimenter gebildet werden, in Bayern sechs neue Batterien formiert werden. Weiter wird für eine Anzahl Batterien, die jetzt noch auf dem niederen und mittleren Etat stehen, der mittlere oder hohe Etat durchgeführt werden. Die Vermehrung der Kadres der Fußartillerie wird ebenso wie die Verstärkung ihrer Bespannungsabteilung angestrebt. Eine Verstärkung ist auch dem Train zugedacht. Bei den Musikern kann eine Verringerung der Mannschaften, um rund 1000 Köpfe, in Aussicht gestellt werden, während andererseits den „Bezirkskommandos bei der beantragten Erhöhung der Friedenspräsenz um insgesamt 10875 Mann vermehrte Kräfte zuzuweisen sein werden, da das Anwachsen der Bevölkerung und des Beurlaubtenstandes eine solche Verstärkung bedingen. Zwei Cui-

schifferbataillone, davon eines mit Ausrüstung einer Luftschiffwerft, ein Kraftfahrbataillon sind unter Anrechnung der bestehenden Versuchsorganisationen aufzubringen; neu werden ein selbständiges Eisenbahnbataillon und ein Telegraphenbataillon nebst Bespannungsabteilung gefordert."

Im Etat sind für die neue Militärvorlage bekanntlich nur 7,9 Millionen Mark als Neuforderung verzeichnet; das Blatt des Herrn Scherl nennt eine Mehrausgabe von 20 Millionen jährlich. Damit diese Ausgabe gedeckt werden kann, wird die arbeitende Bevölkerung den Schmachtriemen von neuem enger ziehen müssen.

Beschäftigung eines nationalliberalen Politikers.

Eine Korrespondenz berichtet: „Der Abgeordnete Bassermann hat jetzt in seinen Mußestunden die mühevolle Arbeit unternommen, seine Ahnentafel zusammenzustellen. Die nunmehr abgeschlossene Tafel reicht bis zur siebenundzwanzigsten Generation zurück und umfaßt 65 Druckseiten.

Behördliche Katerstimmung.

Wie sehr sich die Polizei durch das Ergebnis der bisherigen Zeugenaussagen im Moabiter Prozeß bedrängt fühlt, zeigt eine „Bekanntmachung", die Herr v. Jagow in Berliner Blättern erläßt. Sie lautet:

Moabiter Strafprozeß.

Zur Feststellung des tatsächlichen Sachverhaltes ist erwünscht, daß Personen, welche den Straßenunruhen unbeteiligt zugesehen haben, sich auf dem Polizeipräsidium, Zimmer 177, oder auf dem ihnen nächsten Polizeirevier melden.

Der Polizeipräsident
v. Jagow.

Das „Berliner Tageblatt" bemerkt zu dieser Aufforderung:

„Die Geschäfte in Moabit gehen schlecht. Wohlgesinnte werden um freundliche Unterstützung ersucht".

Auch die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat den Auftrag erhalten, angesichts der Niederlagen, die das preußische System bis jetzt schon erlitten hat, zu retten, was zu retten ist. Sie sucht die unbestreitbare Tatsache, daß die Anklageschrift des Staatsanwalts dem Prozeß eine politische, gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung gerichtete Tendenz gegeben hat, zu verdecken, indem sie in ihrer Wochenschau vom 27. November der Verteidigung einen Vorwurf daraus macht, daß diese ihre Pflicht gewissenhaft erfüllt. Die Verteidigung, schreibt das Organ der preußischen Regierung, sehe es als ihre Aufgabe an, die Sozialdemokratie von ihrem Teil der moralischen Verantwortung an den Krawallen zu entlasten und die Polizei als Teil unserer Staatseinrichtungen nach Kräften zu diskreditieren. — Dann erhält der Teil der bürgerlichen Presse, der nicht mit der Polizei durch dick und dünn geht, den folgenden Rüffel:]

„Angesichts dieser so offen zutage tretenden Bestrebungen ist es überaus bedauerlich, daß einige bürgerliche Blätter in Stimmungsbildern aus dem Gerichtssaal gerade das tun, was der Sozialdemokratie zur Unterstützung ihrer Taktik erwünscht ist: sie behandeln als erwiesen, was die Verteidigung sich zu beweisen bemüht, und sehen die Polizei und ihr Vorgehen in Moabit ohne Zaudern durch die Brillen an, die im Interesse der Sozialdemokratie für die öffentliche Meinung zurechtgelegt worden sind. Die sozialdemokratische Presse verzeichnet diese Äußerungen, deren Kurzsichtigkeit man uns nicht etwa als Objektivität ausgeben soll, selbstverständlich mit herzlichem Beifall."

Den bürgerlichen Journalisten soll aber Gelegenheit zur Buße gegeben werden. Denn an die Presse denkt Herr v. Jagow auf der Suche nach „unbeteiligten Zeugen". In einer Unterredung mit einem Ausfrager des polizeioffiziösen „Berliner Lokal-Anzeigers" hat er nämlich sein Herz mit folgenden Worten offenbart:

„An sich handelt es sich in diesem Prozesse ja ausschließlich darum: „Was taten die Angeklagten? Hierfür sind polizeilicherseits die Belastungszeugen benannt worden, deren Vernehmung noch aussteht. Da jedoch die Zeugenvernehmung zunächst auf Fälle erstreckt worden ist, in welchen — meines Erachtens ohne jeden Zusammenhang mit den 40 Anklagefällen — gegen einzelne Schutzleute schwere Vorwürfe erhoben werden, so ist erwünscht, daß sich einwandfreie Zeugen melden, welche das, was geschah, unbeteiligt beobachteten. Dabei denke ich in erster Linie an die zahlreichen inländischen Journalisten, welche, da die Polizei sie ja nach Möglichkeit passieren ließ, besonders viel gesehen haben müssen. Solche Personen jedoch, welche mit Sympathie für die Ruhestörer und Antipathie gegen die Polizei im Gedränge standen und vielleicht den Säbel am eigenen Leibe spüren mußten, kann ich als klassische Zeugen nicht anerkennen. Denn niemand denkt so objektiv, daß er, obwohl geschlagen, noch nach beiden Seiten hin richtig abzuwägen vermöchte. Mithin halte ich für Pflicht jedes Zuschauers, der Wesentliches bekunden kann, die begreifliche Scheu, in den Gerichtssaal und damit in die Öffentlichkeit zu treten, hintanzustellen und sich als Zeuge zu melden. Das Staatsinteresse erfordert es."

Ein Rückzug des „Reichsboten".

Der „Reichsbote" hatte am 22. November dem Fürsten Bülow nachgesagt, daß er als „hochstehender Frondeur" in den Novembertagen des Jahres 1908 eine Intrigue eingefädelt habe; in deren Abwehr hätten die Konservativen dann den vierten Reichskanzler zu Fall bringen müssen. Nunmehr sieht sich das konservative Pastorenblatt zu einer Erklärung veranlaßt, in der es „mit Bedauern" die erhobene Anschuldigung zurücknimmt, da sein zu weiteren Beweisen aufgeforderter Gewährsmann kein ausreichendes Material herbeizubringen vermochte. Der „Reichsbote" fügt dieser Entschuldigung noch hinzu, daß der Verfasser des Artikels mit der konservativen Parteileitung nicht in Verbindung stehe.

Danach hat also einzig der Wechselbalg der französischen Wahlrechtsvorlage ausgereicht, um den Fürsten Bülow zu stürzen.

Ein Intermezzo in der Reichsversicherungsordnungskommission.

Seit längerer Zeit tauchen in Zeitschriften für Versicherungswissenschaft Vorschläge auf, bei der Invalidenversicherung die Beiträge verschieden zu bewerten, je nachdem sie in jungen Jahren oder in vorgerücktem Alter bezahlt sind. Dem Grundgedanken folgt ja auch die Reichsversicherungsordnung mit der Zusatzmarke, indem die Rente für eine Mark Zusatzmarken mit jedem Jahr um 2 Pfg. gleich 2 Proz. steigt. Den Grundgedanken auch bei der Zwangsversicherung durchzuführen, wurde von dem Versicherungsmathematiker Schönwiese vor längerer Zeit angeregt, und er wurde damals auch von Hitze in der Kommission vertreten.

Am Donnerstag wurde nun ein Antrag in der Kommission verteilt, der die Überschrift „Korrektur" trug, der diesen Gedanken verwirklichen sollte. Nach dieser „Korrektur" sollte das Witwengeld und die Waisenaussteuer gestrichen, aber die Waisenrente bei mehr Kindern von ein Vierzigstel auf ein Zehntel erhöht werden. Ferner sollte der Grundbetrag der Invalidenrente nach der Summe der geleisteten Beiträge in der Art berechnet werden, daß die Summe durch die Anzahl der Jahre, die seit dem vollendeten 16. Lebensjahr bis zur Entstehung des Rentenanspruchs verstrichen sind, geteilt wird.

Wie hoch der Betrag an Grundbetrag für jede Mark Beitrag sein sollte, das sagte der Antrag nicht. Der § 1275, in welchem die Steigerungssätze in Aussicht gestellt sind, sollte folgende Fassung erhalten:

§ 1275.

Der Steigerungssatz der Invalidenrente beträgt für jede Beitragswoche, welche geleistet ist, im Alter von

16–35 Jahren		
in der Lohnklasse	1	4,5 Pfg.
„ „ „	2	9 „
„ „ „	3	12 „
„ „ „	4	15 „
„ „ „	5	18 „
über 35 bis 55 Jahren		
in der Lohnklasse	1	3 Pfg.
„ „ „	2	6 „
„ „ „	3	8 „
„ „ „	4	10 „
„ „ „	5	12 „
über 55 Jahren		
in der Lohnklasse	1	1,5 Pfg.
„ „ „	2	3 „
„ „ „	3	4 „
„ „ „	4	5 „
„ „ „	5	6 „

Das hätte zur Folge gehabt, falls der gegenwärtige Grundbetrag erhalten geblieben wäre, daß ein Versicherter der Lohnklasse IV, der gegenwärtig, wenn er 1000 Beitragsmarken gezahlt hat, einschließlich Reichszuschuß 240 Mark Rente erhält, diesen Betrag auch dann erhalten hätte, wenn er 1885 geboren ist. Ist er früher geboren, dann würde er weniger erhalten, und zwar, wenn er 1838 geboren wäre, also bei dem Inkrafttreten des Gesetzes schon 55 Jahre alt war, dann hätte er nur noch Anspruch auf 190 Mk. Rente, während ein anderer Invalide, der 1875 geboren ist und auch 1000 Beitragsmarken geklebt hat, Anspruch auf 290 Mk. Rente haben würde. Im Durchschnitt würden die Renten niedriger sein, denn von den 1908 bewilligten 117 224 Invalidenrenten standen 72 274 Rentenempfänger, also 617 vom 1000, im Alter von über 55 Jahren. Sie gehören also zu den Unglücklichen, denen man eine niedrigere Rente zudachte, als selbst das gegenwärtige Gesetz gewährt.

Da ein Antragsteller nicht genannt war, tauchte die Vermutung auf, daß die Väter der „Korrektur" in Regierungskreisen zu suchen sind. Diese Annahme war aber ein Fehlschluß. Der Plan ist in der Oldenburger Versicherungsanstalt ausgeklügelt und verschiedenen Kommissionsmitgliedern angeboten worden. Als er aber in einer Subkommission sowohl von den Regierungsvertretern als von Abgeordneten etwas unter die Lupe genommen und die Wirkungen kritisiert wurden, fand sich kein Adoptivvater für das ausgesetzte Kind.

Was die Junker verlangen!

Es ist erstaunlich, welch unerhört maßlose und unverschämte Forderungen die Agrarier erheben. In Ostpreußen herrscht — trotzdem seit Jahren kein Stück Vieh über die Grenze gekommen ist — andauernd die Maul- und Klauenseuche, und die Junker wissen nicht, wie sie diese Seuche zum Erlöschen bringen können. Im Beisein von Regierungsvertretern hat in diesen Tagen die Delegiertenversammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins für Ostpreußen stattgefunden, und hier hat man — weitere Knebelung der Landarbeiter und Schließung der Schulen als Mittel zur Unterdrückung der Maul- und Klauenseuche empfohlen. Es wurde über den Antrag verhandelt, der Zentralverein wolle an zuständiger Stelle dahin wirken, daß das Viehseuchengesetz einige weitere Bestimmungen erhält, und daß eine Polizeiverordnung erlassen wird, um der Einschleppung und der Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche wirksamer wie bisher zu begegnen.

Der Departementstierarzt Dr. Mehrdorf hatte in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß die Verschleppung der Maul- und Klauenseuche und ihre Ausbreitung im wesentlichen auf zu späte Anzeige des Ausbruchs der Krankheit und in einzelnen Fällen in der Nichtbefolgung der angeordneten Maßnahmen zu suchen sein. Der Referent dieser Vorlage, Freiherr v. Teitau-Tolks-Kraphausen meinte, sehr viele Einschleppungen fänden heute durch russische Saisonarbeiter statt. Es sei deshalb eine Desinfektion der Saisonarbeiter an der Grenze zu fordern. Eine weitere Ursache sei auch im Umherlaufen der Schweizerknechte zu suchen. Abzuhelfen sei hier nur dadurch, daß diese unter die Gesindeordnung kämen! Es sei auch mit ziemlicher Sicherheit festgestellt, daß im Jahre 1892 die Seuche durch Schulkinder verschleppt sei. Es sei deshalb zu fordern, daß der Schul- und Unterrichtsbesuch in verseuchten Gegenden aufgehoben werde! Zu fordern sei auch ein Schadenersatz durch den Staat für Schäden, die durch Sperrmaßregeln entstehen.

Diese Forderungen mußte selbst der Regierungsvertreter bekämpfen. Trotzdem wurden die Anträge des Referenten von der Delegiertenversammlung durchweg gutgeheißen. Es wurde noch ein Zusatzantrag angenommen, nach dem allen Viehwärtern, Fütterern und Melkern ohne Desinfektion und ohne Genehmigung das Verlassen verseuchter Gehöfte verboten werden soll.

Der nächste Wahlkampf im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Die „Germania" stellt Betrachtungen an über die Aussichten der einzelnen Parteien in Rheinland-Westfalen, namentlich im Industriegebiet, und läßt erkennen, daß sowohl Freisinnige als auch Nationalliberale wesentlich auf die Hilfe des Zentrums angewiesen sind. Zunächst ist das Mandat des Freisinnigen Eickhoff, der nur mit Zentrumshilfe siegen konnte, stark gefährdet. Wenn sich in diesem Kreise, Lennep-Mettmann, so führt die „Germania" aus, Zentrum und Christlich-Soziale verbünden, dann kommt der Freisinnige überhaupt nicht mehr in die Stichwahl. Zwar ist das Zentrumsblatt mit Herrn Eickhoff, der sich stets als Schleppenträger der Reaktion bewährt hat, nicht unzufrieden, aber er wird verantwortlich gemacht für die Unarten seines Fraktionskollegen Dr. Mugdan. Der Schluß des Artikels klingt wie ein Wunsch zum Sammeln an die gesamten bürgerlichen Parteien. Die „Germania" macht sich nämlich eine Forderung zu eigen, die der Abg. Trimborn, dessen Kölner Mandat sehr unsicher ist, ausgesprochen hat. Das Zentrum müßte als staatserhaltende bürgerliche Partei rückhaltlos anerkannt werden, die Liberalen hätten auf alle Kulturkampfgelüste zu verzichten. — — Wenn sich die Liberalen zu diesem Verzicht herbeilassen, dann, so wird in Aussicht gestellt, sei die Möglichkeit gegeben, den Sozialdemokraten die Mandate des Industriebezirks abzunehmen.

Die „Tolstoi-Unruhen" in Rußland.

Aus allen Städten des Reiches kommen Meldungen über eine tiefgehende Erregung der Bevölkerung aus Anlaß des Todes Tolstois, die durch die rigorosen Maßnahmen des hl. Synods und der Polizei den Charakter eines scharfen Protestes gegen die offizielle Kirche und die Regierung angenommen hat. Zunächst kommt diese Bewegung zum Ausdruck in den Kundgebungen der Studentenschaft, die, nach dem Vorbilde der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die Losung „Nieder mit der Todesstrafe!" ausgegeben hat. Auf der ersten Versammlung der Studenten der Petersburger Universität am 21. November, an welcher mehr als 5000 Personen teilnahmen, wurde eine Resolution angenommen, daß die beste Ehrung des Andenkens von Tolstoi die sofortige Abschaffung der Todesstrafe sein würde. Diese Forderung kehrte bei allen Kundgebungen der Studentenschaft wieder und verlieh der Bewegung ein immenses politisches Gepräge.

In sämtlichen Hochschulen des Reiches wurden die Vorlesungen auf zwei bis drei Tage eingestellt und Versammlungen abgehalten. Außerdem kam es aber vielerorts zu grandiosen Straßendemonstrationen, deren weitere Ausbreitung nur durch massenhaftes Polizei- und Militäraufgebot verhindert wurde. In Petersburg zogen am 21. November zirka 1000 Studenten, begleitet von einer ungeheuren Menschenmenge, vor das Synodgebäude. Es ertönten Rufe: „Nieder mit dem Synod! Tod den Henkern und Tyrannen!" Die Menge wurde von den heraussprengenden Polizisten mit Knutenhieben zerstreut. Am folgenden Tage wiederholten sich die Demonstrationsversuche der Studenten auf dem Newski-Prospekt und den anliegenden Straßen. Ein riesiges Polizei- und Militäraufgebot suchte die Menge zu „zerstreuen", aber immer wieder tauchten Truppen auf, die unter Absingung des Liedes „Ewiges Gedenken" demonstrierten. Zu besonders heftigen Kundgebungen kam es am 24. November, wo eine allgemeine Demonstration auf dem Newski geplant war. Der Versuch der Kadettenpartei, diese Kundgebung durch einen höchst deplacierten Aufruf an die Studentenschaft zu vereiteln, verlief resultatlos.

In Moskau fanden die Demonstrationen am 22. November statt. Studenten, Arbeiter, Bürger zogen, das Lied „Ewiges Gedenken" singend, durch die Hauptstraßen der Stadt. Die Menge entblößte die Häupter. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Auf vielen Fabriken stellten die Arbeiter die Arbeit ein.

Besonders heftige Kundgebungen fanden in Kiew statt. Die Studenten versuchten bereits am 21. zu demonstrieren, wurden aber von der Polizei und berittenen Artilleristen daran gehindert. Am folgenden Tage waren die Hauptstraßen, Wladimirskaja und Funduklejewskaja, mit einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge überfüllt. Kosakenpatrouillen versuchten vergebens, die Menge zu zerstreuen. Plötzlich begann die Menge „Ewiges Gedenken" zu singen. Die Kosaken stürzten sich auf das Publikum, wobei es zu Verwundungen kam. Eine vieltausendköpfige Menge begleitete die Verhafteten zur Polizei. An der Sophien-Kathedrale begann der Gesang von neuem. Bei dem Polizeirevier angelangt, hieben die Kosaken mit ihren Nagaiken auf die Menge ein und zerstreuten sie schließlich.

Weitere Kundgebungen werden aus Charkow, Odessa, Tomsk, Nikolajew, Jekaterinoslaw usw. gemeldet.

An die sozialdemokratische Dumafraktion ist von den Petersburger Arbeitern eine Reihe von Aufforderungen ergangen, zur Ehrung Tolstois eine Vorlage über Abschaffung der Todesstrafe auf dem Dringlichkeitswege in der Duma einzubringen. Die Fraktion wird in einer der nächsten Sitzungen diesem Wunsche entsprechen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 28. November.

Der Bürgerausschuß setzte am Sonnabend die Einzelberatung des Entwurfes des Gewerbesteuergesetzes fort: Zu § 5 beantragte Lippert, dem ersten Absatz folgende Fassung zu geben: „Die Steuerpflicht beginnt vom Anfang des auf die Eröffnung des Betriebes folgenden Kalendermonats und dauert bis zum Ablauf des Kalendermonats, in dem das Aufhören des Gewerbebetriebes angezeigt wird (§ 6 Absatz 3). Zeitweilige durch die Natur des Gewerbes bedingte Unterbrechungen befreien nicht von der Verpflichtung zur Entrichtung der Steuer für die Zwischenzeit bis zur Wiederaufnahme des Betriebes im Laufe desselben oder des nächstfolgenden Kalenderjahres." und ferner dem § 5 als dritten Absatz hinzufügen: „Gewerbebetriebe, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eröffnet werden, sind im ersten Betriebsjahre von der Zahlung der Gewerbesteuer

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 278. Montag, den 28. November 1910. 17. Jahrg.

Unfallversicherung in der Reichstags-Kommission.

Der große Gesetzentwurf der Arbeiterversicherung, die Reichsversicherungsordnung, teilt die einzelnen Versicherungszweige, soweit nicht ein gemeinsames Verfahren und einheitliche Vorschriften für den organisatorischen Aufbau in Betracht kommen, in drei große Gruppen ein; die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung; der letzteren ist der neue Zweig der Versicherung, die Hinterbliebenen-Versicherung angegliedert. Die Reichstagskommission, die sich während der Vertagung des Reichstages mit der Beratung des Gesetzentwurfs zu beschäftigen hatte, konnte ihre Arbeiten nicht beendigen, sie mußte sich mit einer ersten Lesung der Vorlage begnügen und erledigte nunmehr vor einigen Tagen die zweite Lesung der Unfallversicherung, der außer der Reihenfolge als am wenigsten strittiges Objekt der Vorrang in der Beratung gestattet wurde.

Das gegenwärtige Gesetz enthält den großen Fehler, daß die Versicherungspflicht für zahlreiche Handwerksbetriebe ausgeschlossen ist. Das Bestreben unserer Parteigenossen ging dahin, diese Lücke im Gesetz zu beseitigen, um eine Versicherungspflicht für alle Arbeiter zu erzielen. Dem Einwand, daß das Handwerk diese Kosten nicht tragen könne, wurde entgegengestellt, daß schon heute für einige Handwerksbetriebe, z. B. Schlosser, Schmiede, Fleischer u. a. die Versicherungspflicht besteht und dort die Lasten getragen werden. Wo indes keine erhebliche Unfallgefahr besteht, werden die Lasten für die Versicherung auch gering sein. Da aber die Regierung hier entschiedenen Widerspruch erhob und die Konservativen, Nationalliberalen und das Zentrum ihre Übereinstimmung mit der Regierung bekundeten — was übrigens sehr oft noch im Laufe der Verhandlungen geschah —, so wurde der Antrag abgelehnt und nur einige kleine Erweiterungen der Versicherung vorgenommen. Es bleibt somit bei der schweren Ungerechtigkeit, daß ein Arbeiter, der im Handwerksbetrieb einen Unfall erleidet, keinen Anspruch auf Ersatz des Schadens hat. Da eine allgemeine Hineinbeziehung des Handwerks nicht zu erzielen war, so beantragten unsere Genossen für einige Gewerbszweige die Versicherungspflicht auszudehnen. So wurde für die Gast- und Schankwirtschaft, für die Feuerwehr und für den Bühnenbetrieb die Versicherungspflicht verlangt mit dem Hinweis, daß im Reichstag für die beiden letzteren Berufe wiederholt von den Konservativen und dem Zentrum die Versicherungspflicht gefordert wurde. Die Vertreter dieser Parteien lehnten nunmehr ihre eigene Forderung ab und brachten die Anträge zu Fall.

Ausgedehnt wurde der Umfang der Versicherung nur auf den Gerbereibetrieb, die Binnenfischerei und die Eisgewinnung. Die gleiche ungünstige Aufnahme fand der Versuch, für die Betriebs- und technischen Beamten die Grenze der Versicherungspflicht auf 5000 Mk. zu erhöhen. Der weitergehende Antrag unserer Genossen, überhaupt nicht nach dem Gehalt eine Grenze zu ziehen, sondern alle Beamten der Versicherungspflicht zu unterstellen, fand von keiner bürgerlichen Partei Unterstützung. Gegen ein Heraufsetzen der Versicherungsgrenze erklärte sich die Volkspartei, die Nationalliberalen und die Konservativen. Da hier die Beschlußfassung ausgesetzt ist, so bleibt abzuwarten, ob die bürgerlichen Parteien ihre Stellungnahme noch ändern.

Eine weitere Ausdehnung der Entschädigungspflicht sollte mit dem Hineinbeziehen der Gewerbekrankheiten erzielt werden. Seit vielen Jahren erheben die Seeleute mit Recht den Vorwurf, daß sie bei der Ausübung ihres Berufes schweren Erkrankungen ausgesetzt sind, die oft dauerndes Siechtum zur Folge haben. Zu diesen Erkrankungen gehören: gelbes Fieber, Skorbut und Beri-Beri. Diese Erkrankungen müssen als Betriebsunfälle bezeichnet werden, da sie nur der Eigenart des Betriebes und der Betriebstätigkeit zur Last fallen. Indes die Rechtsprechung hat hier die Entschädigung auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes abgelehnt und in der Kommission des Reichstages schlossen sich dem Verlangen unserer Genossen nur die Freisinnigen an. Unsere Genossen wollten nicht nur die Berufskrankheiten der Seeleute entschädigt wissen, sondern auch alle anderen typischen Berufskrankheiten. Es sei nur erinnert an die schweren Gefahren, die Beschäftigung in Blei- und Zinkhütten, in chemischen Fabriken und im Bergbau, um zu erkennen wie berechtigt das Verlangen ist, und daß es sich um Industrien handelt, die bei ihrer rücksichtslosen Vernichtung von „Menschenmaterial" die Verpflichtung haben müßten und auch materiell in der Lage sind, die Entschädigung der Arbeiter zu übernehmen. Um aber den Schein zu erwecken, daß etwas geschieht, verlangte schließlich das Zentrum, daß es dem Bundesrat überlassen bleibt, bestimmte Gewerbe- und Berufskrankheiten zu benennen, die nach den Entschädigungssätzen der Unfallversicherung einen Anspruch begründen. Da aber die Vertreter des Bundesstaates dankend diese Verpflichtung ablehnten und auch die Konservativen und Nationalliberalen sich als entschiedene Gegner der Forderung bekannten, so dürften, wenn die Bestimmung Gesetz wird, der praktischen Anwendung erhebliche Hindernisse entgegenstehen.

Die Höhe der Rentenbemessung blieb unberührt, eifrig bemühte sich nur der Abg. Semler (Nat.), die Regierungsvorlage dahin zu verschlechtern, daß den Hinterbliebenen durch Unfall getöteter Ausländer keine Rente gewährt wird und der Ausländer, der Unfallrenten erhält, aber wieder nach dem Auslande zurückkehrt, mit dem dreifachen Jahresbetrag der Rente abgefunden wird. Diese Bemühungen, die von den Konservativen im wohlverstandenen agrarischen Interesse unterstützt wurden, gehen darauf hinaus, die sozialen Lasten für die Betriebe, die heute ständig Ausländer im erheblichen Maße beschäftigen, herabzudrücken, um damit einen neuen Anreiz für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter zu geben.

Bei diesen Fragen zeigt sich auch die Spaltung des Zentrums. Während Herold, Irl und Fleischer solchen agrarischen Wünschen willig Gefolgschaft leisteten, erhoben die mit der Industriearbeiterschaft in Verbindung stehenden Abgg. Becker (Arnsberg) und Schirmer vielfach Bedenken, diesen Weg ihrer agrarischen Freunde einzuschlagen. Da die ganze Ausländerfrage nochmals einer Kommission unterbreitet ist, so ist die endgültige Lösung des Konflikts noch nicht abzusehen.

Dieselbe Zurücksetzung erfuhr die Anrechnung des Jahresarbeitsverdienstes, der heute nur bis zu 1500 Mk. bei der Rentenberechnung voll in Ansatz kommt. Während das Zentrum, wenn die Geschichte nicht zu teuer wird, bis zu 1800 Mk. gehen will, wurde von unseren Parteigenossen die Anrechnung des vollen Jahresarbeitsverdienstes insbesondere auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter gefordert. Damit fanden wir indes von allen Seiten nur Entrüstung über die Höhe der Forderung und damit nur die einmütige Ablehnung seitens der bürgerlichen Parteien. Wie schon erwähnt, bleibt die Frage, ob 1500 oder 1800 Mk. des Jahresarbeitsverdienstes angerechnet werden in der Schwebe, d. h. einer späteren Beschlußfassung vorbehalten.

Ein Versuch, die Mitbeteiligung der Arbeiter an der Rentenbemessung innerhalb der Berufsgenossenschaften zu erwirken, scheiterte an dem sehr entschiedenen Widerstand der Konservativen und Nationalliberalen, die übrigens treue Bundesgenossen bei allen Maßnahmen blieben, die Verschlechterung der Vorlage zur Folge hatten, oder wenn es sich um Anträge handelte, die eine Besserstellung der Arbeiter in ihren Ansprüchen bezweckten, gemeinsam die Bekämpfung betrieben. Der Zentralverband deutscher Industrieller wird erkennen müssen, daß sein Rüffel geholfen hat und die Nationalliberalen ganz im Sinne seiner scharfmacherischen Tendenzen einschwenkten.

Das zeigte sich auch bei Beratung der Bestimmungen über die Dienstordnung der Angestellten. Herr Semmler glaubte alle Autorität des Vorstandes der Berufsgenossenschaften komme ins Wanken, wenn die Angestellten vor Erlaß der Dienstordnung über ihre Wünsche gefragt werden. Man muß nur die Reden des Herrn Bassermann und Stresemann im Reichstag über ihre Wohlwollen gegenüber den Privatangestellten lesen, um den weiten Abstand ermessen zu können, der zwischen den Worten und Taten dieser Politiker zu finden ist.

Noch mehr Entrüstung löste aber die Forderung bei den Herren aus, daß nach einer Dienstzeit von fünf Jahren der Angestellte nur aus einem wichtigen Grunde entlassen werden darf. Ganz offen erklärten die Herren, bei den Krankenkassen habe man dafür gestimmt, aber den Berufsgenossenschaften könne das nicht zugemutet werden, die müßten das Recht haben, jederzeit den Angestellten zu entlassen. In dem Fall drangen sie mit ihren konservativen Freunden durch, das Zentrum blieb fest und so wurde die Dienstordnung gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen. — Keinen Erfolg hatten ferner die Bemühungen von jener Seite, Renten bis zu 20 Prozent nicht zu gewähren, obwohl hier die Nationalliberalen mit großem Eifer diese Verkürzungen verfochten. Natürlich wandten sich die Herren mit ebenso großer Entschiedenheit gegen den Antrag der Sozialdemokraten, die Witwenrente von ein Fünftel auf drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes zu erhöhen. Wenn auch mancher die Arbeiter schädigende Angriff in der Kommission abgeschlagen ist, so kann doch eine erhebliche Besserung der Vorlage nicht verzeichnet werden.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten"

Berlin, den 26 November 1910.
87. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: Der Kanzler und verschiedene Staatssekretäre.

Die Kaiserreden.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Albrecht (SD.): Was gedenkt der Kanzler zu tun in Ausführung der vom Fürsten Bülow zugleich im Namen des Kaisers dem Reichstag abgegebenen Erklärungen, die durchbrochen worden sind durch die in diesem Jahre in Königsberg und in anderen Orten vom Kaiser über seine staatsrechtliche Stellung abgegebene Erklärung?

Der Reichskanzler erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Zur Begründung erhält das Wort

Ledebour (SD.): Im November 1908 waren sich sämtliche Parteien in tiefgehender Entrüstung über gewisse Vorgänge einig. Auch Herr v. Heydebrand sprach von einer großen und nachhaltigen Erregung seiner politischen Freunde.

Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(1. Fortsetzung.)

„Wenn das die ganze Hasenjagd ist," erwiderte der Pastor, „so sind wir durch. Dies da ist ein vortrefflicher Kartentisch, und ich sage Ihnen: er hat mehr Schlemms, Solos und Misères gesehen, als der Papst in Rom Peterspfennige. Oder können Sie auf unpoliertem Holze nicht spielen? Oder geht es Ihnen gar wie dem alten Grafen Bonjambon, der behauptete, keine Karambole machen zu können, weil ein Bürgerlicher mit von der Partie war? — Mutter Kringelkrügin hat übrigens drüben einen feinen Mahagoni und neue Karten habe ich hier in der Tasche."

„Es wollte ein Bauer zu Weine gehn,
Juchhe!
Vorm Krug sah des Pastors Gaul er stehn,
O weh! — Ah, Ihr Diener, Herr Pastor! Ihr Diener Hochwürdigster und Allerdürstigster!" — so sang und rief ein jetzt eintretender Herr, dem ein ältlicher, beleibter Mann in Stulpenstiefeln folgte.

„Herr Baron von Mierendorf, Herr Oberinspektor Klönhamel," sagte der Pastor zu seinem Begleiter.

„Klönhamel!" rief der Baron, „welch ein Wohlklang in dem Namen steckt. Wahrhaftig, ich möchte auch so heißen!"

„Sie trügen dann auch einen ehrlichen, guten Namen, der Ihnen wie auf den Leib gemessen paßte," erwiderte der Inspektor.

„Häkeln Sie sich schon wieder?" sagte der Pastor.

„Was sich liebt, neckt sich," rief der Baron, „das ist eine alte Sache. Obendrein sind wir ja Nachbarn. Klönhamel, Sie müssen doch eigentlich dem lieben Gott danken, daß er mich nach Minstow verpflanzt hat, denn Sie würden wahrhaftig in Speck und Gemütlichkeit verkommen, wenn ich Sie nicht zuweilen ein wenig ärgerte. Aber, Klönhamel, Scherz beiseite, bin ich nicht Ihnen ein guter Nachbar?"

„Nun ja," erwiderte der Inspektor, „Sie sind ungefähr so ein guter Nachbar, wie der dicke Lüttnäs in Malchow dem Schuster Dahmke war."

„Was ist denn das wieder für eine Geschichte?" fragte der Pastor.

„In Malchow," sagte Herr Klönhamel, „wohnten ein verklamter Wächter, Herr Lüttnäs, und ein Schuster Dahmke Haus an Haus. Die Malchower sind, wie Sie wohl wissen, sämtlich große Fischer. Eines Morgens ruft Dahmke Herrn Lüttnäs. „Herr Nachbar, kamen Se ins röber, und sehen Se sik den groten Wels an, den ik öber Nacht funge hev. Ik wille bit to'n Sünndag in't Hülfatt setten. Deen hev ik Kinndöp. Se kamen doch ok, Herr Nachbar, un helven dat de Jung en Namen kriegt?" — „Ja wohl." Den Sonntag morgen um drei wird an meines lieben Schusters Schlafstubenfenster geklopft. „Herr Nachbar!" ruft Herr Lüttnäs, „trecken Se sik flinking an, und kamen Se ins herdal. Ik hev öber Nacht en Wels fungen, de is, meen ik, Eeren noch driest öber!" Dahmke steigt herunter und sieht sich den Fisch an. „Halen Se Eeren doch ok mal her, Herr Nachbar," sagt Herr Lüttnäs, „wie möten doch partout sehen, welknen von de beiden de Baas is." — Als aber der Schuster an sein Hülfaß kommt, da ist das aufgebrochen und der Fisch ist heraus. „Dunnerwetter!" ruft er, „mien Wels ist ja fort! denn hatt en schändlichen Spitzboben stohlen." „Is ja wohl nich möglich!" sagt Herr Lüttnäs, „dat minschliche Bosheit so niederträchtig is? Dunnerwetter! wenn se mi minen man nich ok weghalt? Aber, Herr Nachbar, wo krigen Se denn nu en Fisch to de Kinndöp? Weten's wat? Ut gode Naberschaft will ik Se mienen hier billig öberlaten. Pund twe Gröschen, Herr Nachbar. Nachbarn, Herr Nachbar, möten sik en anner ut de Not helpen."

„Wie wirds mit unserm Boston?" fragte jetzt der Pfarrer den Fremden.

„Ich danke. Ich muß fort."

„Sie tun daran weise, mein Herr," sagte der Baron, „denn ein ärgerer Auszieher, als dieser Pastor ist, existiert in der weiten Gotteswelt nicht. Er ist der Meinung, daß nicht nur die geistige, sondern auch die leibliche Armut ins Himmelreich führt, und deshalb beginnt er seine Seelsorge damit, daß er einem jedem das Geld abnimmt und einen fortwährend zum Bête oder zur Codille bringt. Aber Herr Klönhamel und ich wir sind sanfte Schäflein, die das Maul nicht gegen ihren Scherer auftun, wir lassen unsere Wolle an allen Disteln und Dornsträuchen sitzen, und deshalb könnten Sie's am Ende doch wagen. Ich vor allen Dingen bin steets bar Geld und sitze wirklich unerhört im Unglück."

„Ja", sagte Herr Klönhamel, „Herr Baron, es geht Ihnen fast so unglücklich wie Zollenkopf von Suckow. Der verkaufte sein Gut an den Advokaten Goldenbaum und hatte darauf das Unglück, das ihm ausgezahlte Geld, sechzigtausend Taler in Silber, vom Wagen zu verlieren und obendrein noch das Unglück, daß niemand glauben wollte, er habe das Geld verloren, oder auch nur bekommen, obschon er es in alle Zeitungsblätter einrückte."

„Was Sie uns da heute abend nun wieder für Geschichten erzählen", sagte der Baron. „Wahrhaftig, Klönhamel, Sie können der Plutarch aller mecklenburgischen Schuster und Schustersgenossen werden. Aber merken und schreiben Euer Wohlgeboren sich einmal das Wort des weisen Sancho Pansa hinters Ohr, nämlich das Wort: daß Spaßmachen nicht jedermanns Sache ist, und daß eine lustig sein sollende Geschichte, über die man nicht lacht, das allertrübseligste ist, so es auf dieser Welt gibt. Letztere Sentenz ist übrigens nicht pansaisch, sondern mierendorfisch. Suum cuique, sagte der alte Fritz und steckte Schlesien in die eine und ein Stück von Polen in die andere Rocktasche und klopfte den mecklenburgischen Mehlbeutel so lange, bis er alles Mehl herausgeklopft hatte. — Aber wir wollen die edle Zeit jetzt nicht länger mit Nichtstun und Schwatzen vergeuden. Wenn auch der Mensch, nach Aristoteles, ein zweibeiniges Wesen ohne Federn ist, und demnach entweder ein gerupfter Engel oder eine gerupfte Gans, so kann er doch Besseres tun, als schnattern und herumlungern. Ziehen Sie eine Karte, Pastor, Klönhamel, ziehen Sie. Mein Herr, ist Ihnen gefällig?"

„Ich danke, ich werde reiten. Frau Wirtin, mein Pferd."

„Wenn Sie länger auf der Burg bleiben und nichts Besseres zu tun wissen, so besuchen Sie zinmal mich, den Pastor Wolf in Voßdorf", sagte der alte Herr beim Abschiede.

Das Pferd wurde gebracht, der Reiter schwang sich hinauf und ritt langsam von dannen. Nach einer Stunde erreichte er die Burg Plümeran, welche trotz ihres stolzen Namens nur kläglich aussah und nichts weiter als ein gewöhnliches Landgut war. Vor dem Wirtschaftshofe befand sich ein Torhaus. Eine Inschrift mit großen, weißen Lettern, welche über dem Eingange stand, machte die Neugier des jungen Reiters rege. Er hielt an und las:

Wer nich is von Hahn,
Maltzahn und Plümeran,
Der mag tum Düwel gahn.

(Fortsetzung folgt.)

(Hört, hört! b. d. Soz.) Differenzen ergaben sich nur über die zum Verhüten solcher Vorkommnisse nötigen Maßregeln. Ein großer Teil des Hauses forderte gesetzgeberische Maßnahmen. Ein kleiner Teil des Hauses wollte sich mit Erklärungen des Reichskanzlers im Namen des Kaisers begnügen. Derartige Erklärungen sind auch abgegeben worden, und haben eine beruhigende Wirkung ausgeübt, allerdings nicht auf uns Sozialdemokraten, die wir sofort warnten, sich mit solchen Versprechungen zu begnügen. Wir haben garnichts dagegen, daß Wilhelm II. redet.

Die Reden Wilhelms sind das beste Agitationsmittel für die Sozialdemokratie.

Wir verlangen aber, daß wir dem Kaiser ebenso ungeniert antworten können, wie er sich ausdrückt. Gegenwärtig ist das nicht möglich. Es ist also ein Kampf mit ungleichen Waffen. Wir verlangen Maßnahmen dagegen, daß Wilhelm II. selbstherrlich in die Politik des Landes eingreift. Die Interessen des Landes können dadurch gefährdet werden und sind bereits gefährdet worden. Hiergegen sollten die Erklärungen von 1908 Garantie gewähren. Es ist auch anzuerkennen, daß in 1½ Jahren nichts geschehen ist, wenigstens nichts, was zur Kenntnis der Öffentlichkeit gekommen wäre, was der damaligen Zusicherung widersprochen hätte. Da kam plötzlich die Königsberger Rede. Zunächst trieb in ihr Wilhelm II. Familienkultus, auf den ich hier nur soweit eingehen will, als sie dem Kaiser dazu diente, seine staatsrechtliche Auffassung über seine Stellung zu begründen. Der Kaiser berief sich auf seinen Großvater, der aus eigenem Rechte sich die preußische Krone aufs Haupt gesetzt hat und dabei bestimmt hervorgehoben habe, daß sie ihm von Gottes Gnaden allein verliehen sei und nicht vom Parlament, Volksversammlungen und Volksbeschlüssen, daß er sich als auserwähltes Instrument des Himmels ansehe und als solches seine Herrscherpflichten erfülle. Indem sich der Kaiser zu diesen Anschauungen bekannte, bekannte er sich

Zum Gottesgnadentum und zum persönlichen Regiment.

Die Auffassung von dem eigenen Recht ist historisch sehr anfechtbar. Durch allerlei Intriguen erbettelte und erwinselte sich der Kurfürst von Brandenburg vom damaligen römischen Kaiser deutscher Nation die Königskrone. Seit 1848 ist zudem die Krone durch freilich ungenügende Verfassungseinrichtungen eingeschränkt. Es handelt sich also durchaus bei der Krone nicht um ein reines Gottesgeschenk an das Haus Hohenzollern, das andere Leute nicht angeht. Die preußische Königskrone und mehr noch die deutsche Kaiserkrone sind nicht bloße Prunkstücke im Familienschatz der Hohenzollern, sondern staatsrechtliche Institutionen, gebunden an bestimmte Verfassungsbestimmungen. In seiner Königsberger Rede hat Wilhelm II. nach seiner Gewohnheit, allen möglichen Ständen, Berufen und Klassen gute Lehren zu erteilen, die Frauen auf das Beispiel der Königin Luise verwiesen. Er sieht nicht ein, daß die Masse der deutschen Frauen, die durch die moderne Entwicklung in das Wirtschaftsgetriebe hineingerissen worden ist, es ablehnen muß, sich vom Träger der Krone, der eben erst auf Kosten der Steuerzahler eine Zulage erhalten hat, Vorschriften über ihre Betätigung machen zu lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Weiter hat der Kaiser von der Friedensbürgschaft gesprochen, als welche er die Armeen betrachtet. Wir unsererseits betrachten als beste Friedensbürgschaft den allgemeinen Friedenswunsch der Völker, der sich namentlich in den proletarischen Organisationen offenbart. Bei der Gelegenheit will ich der unsterblichen Verdienste des eben verstorbenen Tolstoi für die Friedenssache gedenken. Solche Männer und Kräfte wirken mehr zugunsten des Friedens, als alle Panzerkreuzer. Wenn Wilhelm II. nur in der Rüstung die Bürgschaft des Friedens erblickt, so durchkreuzt er damit die doch auf internationale Friedensabmachungen gerichtet sein sollenden Bestrebungen der eigenen Regierung. Wir betrachten die Königsberger Rede als

bewußte Durchbrechung des Versprechens von 1908.

(Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ein beliebiger Mitarbeiter der „Norddeutschen Allgemeinen" (Heiterk.) hat die Rede zu rechtfertigen gesucht. Das sei ein schlechter König, der sich von wechselnden Tagesmeinungen beherrschen lasse, hieß es in der „Norddeutschen Allgemeinen". Das will natürlich besagen, daß der König sich nicht um den Willen der Mehrheit seines Volkes zu kümmern habe. Die Folge davon pflegt zu sein, daß die Mehrheit des Volkes entweder mit der Person des Königs wechselt oder das Monarchensystem überhaupt abschafft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Will der Kaiser unter dem Segen der Franziskaner, Benediktiner und Kapuziner den Weg des Selbstherrentums gehen, so kann es uns recht sein. Es ist der Weg, den die

Stuarts, Bourbonen und Manuel II. von Portugal

gegangen sind, Manuel, der mit den gleichen Ansichten wie Wilhelm II. erblich belastet war. (Sehr gut! b. d. Soz., Unruhe rechts.) Die absolutistischen Neigungen einflußreicher Kreise, die auch hier im Reichstage in der bekannten Oldenburgrede und die in dem Staatsstreichartikel des „Reichsboten" Ausdruck gefunden haben, sind es, die dem Kaiser den Mut gaben, das Versprechen von 1908 zu brechen. In diesem Sinn ist auch die Anrede an die Potsdamer Rekruten gehalten, die nichts ist als eine Übersetzung Oldenburgs ins Hohenzollernsche. (Sehr gut! b. d. Soz., Unruhe rechts.) Der Männerstolz vor Königstronen ist vorbei und der Sammlungsruf ist an die Stelle getreten. Die Konservativen proklamieren Wilhelm II. als General der Sammlungsarmee.

Wilhelm II. als General der feindlichen Armee

kann uns nur willkommen sein. (Sehr gut! b. d. Soz.) Gespannt sind wir auf die Haltung der Liberalen. Auf die Nationalliberalen kann ja nur ein unverbesserlicher Optimist Hoffnung setzen. Wenn aber die Freisinnigen, statt wie Pochnicke an die Zeiten der nächtlichen Reden Bülows in unangemeldeten Volksversammlungen zurückzudenken und sich nach einer Teilnahme an den Kavallerieattacken gegen die Sozialdemokratie zu sehnen, an unserer Seite für die Freiheit gegen den Absolutismus kämpfen wollen, so sind sie uns willkommen, auch uns von der sogenannten radikalen Richtung. — Wir leugnen nicht grundsätzliche Republikaner zu sein. (Hört, hört! rechts.) Das hindert uns aber nicht, mitzuarbeiten an der Erringung freiheitlicher Institutionen, die wie England zeigt, auch mit der Monarchie vereinbar sind. Wir werden gegen den Absolutismus kämpfen, sei es mit, sei es ohne Bundesgenossen — und wenn die Welt voll Teufel wär. (Stürm. Beif. b. d. Soz.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Der Zweck der ganzen Interpellation ist die Aufrollung der Verfassungsfrage. Die Sozialdemokratie ist von leidenschaftlichem

republikanischem Haß gegen unsere Verfassung

erfüllt. (Zust. rechts. Lachen b. d. Soz.) Die Königsberger Rede verstieß in keiner Weise gegen die Erklärungen von 1908. Sie enthält eine Betonung des monarchischen Prinzips des preußischen Staatsrechts und den Ausdruck tiefer religiöser Überzeugung, die in breiten Schichten des Volkes verstanden und geteilt werden. (Sehr richtig! rechts und z. Ztr.) Der preußische Staat ist durch seine Könige zusammengeschmiedet worden. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links). Gegenüber den demokratischen Bestrebungen, den preußischen König als einen vom Volke gewählten Würdenträger zu behandeln, ist es begreiflich, wenn der König das Bewußtsein stark betont, keiner Volkssouveränität zu unterstehen. Mit dieser Auffassung von der Stellung des Kaisers und Königs stehe ich auf verfassungsmäßigem Boden. Diesen Boden werde ich festhalten, getreu der Verantwortung, die ich mir nur durch mein Amt, und meine politische Überzeugung bestimmen lasse. (Lebhaftes Bravo rechts, Lachen und Unruhe bei den Soz.)

Auf Antrag des Abg. Singer (SD.) wird Besprechung der Interpellation beschlossen.

Frh. v. Hertling (Z.): Die Novembertage von 1908 waren keine glücklichen Tage fürs deutsche Volk. Bindende Erklärungen seitens des Fürsten Bülow lagen 1908 nicht vor. Das haben damals die Abgg. Haußmann und Geyer konstatiert. Wir protestieren gegen ein Übermaß der Kritik an kaiserlichen Reden. Wir sind Monarchisten, drängen uns aber nicht zum Thron. (Lautes Lachen links.) Die Wendungen „von Gottes Gnaden" und vom „auserlesenen Instrument des Himmels" sowie die Mahnung an die Frauen bedeuten in keiner Weise ein Überschreiten der verfassungsmäßigen Befugnisse. Wenn jeder unreife Bursche sich zum Atheismus bekennen darf, darf sich der Kaiser doch zum Glauben bekennen. (Lebh. Beifall im Zentr. und rechts.) Die Religion ist die stärkste Wehr gegen sozialdemokratische Verhetzung. Der Kaiser hat dem gläubigen patriotischen Volke aus dem Herzen gesprochen. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.)

Dr. v. Heydebrand u. d. Lasa (Kons.): Wir sind mit der Antwort des Reichskanzlers einverstanden. Die Interpellation ist eine Herausforderung des religiösen und monarchischen Empfindens unseres Volkes. Wir lassen uns von einer Partei ohne Vaterland und Nation nicht vorschreiben, was wir von Ansichten der Krone über unser Staatswesen und von unseren religiösen Überzeugungen zu denken haben. (Sehr richtig! rechts.) Wir bedauern, daß die Sozialdemokratie Tag für Tag Person und Amt des Kaisers in den Staub ziehen darf. Wir haben der Einschränkung der Majestätsbeleidigungsklage in der Erwartung zugestimmt, daß die Sozialdemokratie Rücksicht auf den monarchisch denkenden Teil des Volkes nehmen werde. — Unter stürmischem endlosen Gelächter der Sozialdemokraten behauptet der Redner, daß die Sozialdemokratie die Großgrundbesitzer, die Geistlichen und den König hinzurichten beabsichtige. Und richtet alsdann im befehlshaberischen Tone die Frage an Bethmann-Hollweg: Hat nicht der Reichskanzler auch die Empfindung, daß das Volk verwirrt werden muß, wenn es sieht, daß die höchste Autorität in den Staub gezogen wird? Wir erwarten, daß Mittel ergriffen werden, die der Ernst der Lage erfordert. (Lebh. Beifall rechts.)

Bassermann (NL.): Zwischen der Situation von 1908 und der diesmaligen besteht allerdings ein großer Unterschied. Damals konnte man schwere Schädigungen der deutschen Interessen fürchten, heute handelt es sich nur um persönliche Anschauungen des Monarchen, die getragen sind von hohem sittlichen Pflichtgefühl, tiefer Religiosität und Liebe zum Vaterland. Einzelne Äußerungen der Rede vertragen allerdings die Kritik, so die über die Frauenfrage. Auch die Beuroner Rede können wir nicht als glücklich bezeichnen. Wir müssen daher wiederholt den Wunsch aussprechen, daß der Kaiser sich möglichste Beschränkung auferlegen möge. Der Reichskanzler würde sich den Dank des Volkes verdienen, wenn er nach dieser Richtung in den Bahnen seines Vorgängers wandeln würde. (Bravo! b. d. Natlib.)

v. Payer (VP.): Die Äußerungen des Kaisers über das Gottesgnadentum stehen im Widerspruch zur Verfassung. Ein König von Gottes Gnaden hat die Grenze seines Willens nur in sich oder in Gott, der deutsche Kaiser aber hat die Grenze seines Willens in der Verfassung. Wir verlangen von dem Kaiser, daß er sich als konstitutioneller Fürst fühlt oder zum wenigsten den Unterschied zwischen seinem Fühlen und dem des Volkes nicht immer wieder öffentlich betont. (Sehr richtig!) Daß die Konservativen und das Zentrum sich nach den Kämpfen um die Wahlrechtsreform und die Reichsfinanzreform heute als allein berufene Vorkämpfer für die Rechte der Krone hinstellen, ist ja erklärlich. Mit der steigenden Zahl der Reden nimmt bekanntlich ihre Bedeutung ab, das trifft auch für den Kaiser zu. Möge der Reichskanzler uns davor bewahren, daß politische Kundgebungen des Kaisers als etwas Alltägliches bewertet werden. (Bravo! links!)

Dr. David (SD.): Wir denken nicht daran, dem Kaiser zu verwehren, sich zum Christentum zu bekennen. Nach unserem Programm ist Religion Privatsache. Wenn der Kaiser eine Weltanschauung vertritt, die vollkommen unberührt erscheint von den Ergebnissen der kritischen Philosophie und der gesamten modernen Naturforschung, so ist das seine Sache, und wenn er die Mächte des Mittelalters auffordert, den geistigen Kampf gegen das 20. Jahrhundert aufzunehmen, so kann man darüber nur resigniert lächeln. Für uns handelt es sich darum, daß der Kaiser aus seinen religiösen Grundanschauungen staatsrechtliche Konsequenzen zieht, die im Gegensatz zur Verfassung stehen. Daß die Königsberger Rede keinen politischen Charakter trug, glauben die Herren ja selbst nicht. Die Presse der Konservativen und des Zentrums hat jedenfalls die politische Tendenz dieser Rede offen anerkannt. Was der Kaiser unter dem Bekenntnis zum Gottesgnadentum versteht, hat er im „Goldenen Buch des deutschen Volkes", das zur Jahrhundertwende von der „Illustrierten Zeitung" herausgegeben wurde, klargelegt. Er hat dort eingetragen: „Von Gottes Gnaden ist der König, daher ist er auch nur dem Herrn allein verantwortlich. (Hört, hört! bei den Soz.) Er darf seinen Weg und sein Wirken nur unter dem Gesichtspunkt wählen. Diese furchtbar schwere Verantwortung, die der König für sein Volk trägt, gibt ihm auch das Anrecht auf treue Mitwirkung seiner Untertanen." Wir sind nach der Verfassung keine Untertanen, sondern freie Staatsbürger. Der Reichstag steht neben dem Bundesrat, neben dem Kaiser, nicht unter dem Kaiser. Die Kaiserkrone stammt nicht von Gottes Gnaden, sondern ist vom Parlament verliehen worden. Sie beruht auf einem Vertrag zwischen den deutschen Fürsten, ratifiziert von allen deutschen Landesvertretungen und dem norddeutschen Reichstag. Wenn man aber unter Gottesgnadentum nur versteht, daß man das, was man von Macht hat, Gott verdankt, so ist von dem Standpunkt aus der Reichstag von Gottes Gnaden da und auch wir Sozialdemokraten hier. Dann sind die Resultate der Nachwahlen auch Gottes Werk. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der Gegensatz zwischen den Anhängern des Alten und Neuen hat eine Schärfe erreicht, die leicht zu einer Katastrophe führen kann. Seit der Zusammenkunft des Kaisers und des Zaren in Potsdam mehren sich die konservativen Stimmen, die ein deutsch-russisches Bündnis zum Schutz der konservativen Weltanschauung fordern. Zur Erneuerung der heiligen Allianz fehlt nur noch der alte Franz Joseph, der aber die moderne Zeit begreift, wie er durch sein Eintreten für das allgemeine Wahlrecht bewiesen hat. Insofern übertraf ja auch Fürst Bismarck die heutigen Konservativen weit an Einsicht in die Notwendigkeiten der Zeit. Bezeichnend für die reaktionäre Strömung ist auch die Beuroner Rede. Der Thron soll vom Altar Unterstützung gegen die Demokratie erhalten, der orthodoxe Altar dagegen vom Staat Hilfe gegen den Modernismus. Der Dritte im Bunde ist dann, wie Herr v. Oldenburg so schön sagt, das große Portemonnaie. (Heiter. und Sehr gut! bei den Soz.) Die Empfehlungen selbstherrlichen Eingriffs in die Reichsverfassung mehren sich. So fordert der Reichsbote den Reichskanzler auf, auf dem Wege des Staatsstreichs durch kaiserliche Verordnung ein Oberhaus einzuführen. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Regierungsrat Martin hat erzählt, daß der Reichskanzler an eine Änderung des Reichstagswahlrechts denke. Auf Ausnahmegesetze war auch die Rede des Herrn von Heydebrand gestimmt. Ich bestreite, daß die Sozialdemokratie den Kaiser beschimpft. Nur scharfe Kritik wird von uns geübt. Dagegen erinnere ich an Ausdrücke wie Rotte, vaterlandslose Gesellen, die von der anderen Seite gefallen sind. Das Recht der Gegenwehr lassen wir uns nicht nehmen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr von Heydebrand sprach zu dem Kanzler in einem Tone, als ob er an einen Untergebenen Befehle erteile, als ob er etwa zu ihm sagen wolle: Du bist mein Instrument. (Gr. Hitk.) Der Reichskanzler nickt mir zu. (Zuruf rechts: Er ist ja gar nicht im Hause!) Doch, Herr von Heydebrand ist da. (Stürmische Heiterkeit und Sehr gut! links.) In der heutigen Verhandlung ist vom Zentrum und den Konservativen alles weggewischt, was in den Novembertagen errungen wurde. Mit ihrer Sammlungspolitik wird die Regierung zur Katastrophe kommen. Wir rufen demgegenüber alle zur Sammlung auf, die für die gesunde Entwickelung unseres Volkes eine besondere Einsicht haben. (Bravo! b. d. Soz.) Den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit weisen wir zurück. Die Rechte macht das Vaterland lediglich zu einem Jagdgrund für die Privilegierten. Wir wollen es zur Kulturstätte für das ganze Volk machen. (Bravo! b. d. Soz.) Ich freue mich, daß die Fortschrittliche Volkspartei heute energische Töne gefunden hat. Es wird ihr Vorteil sein, wenn sie den Kampf für den Fortschritt der Nation an unserer Seite kämpft. Ich hoffe, auch die Frauen werden sich die Königsberger Rede merken und werden auf unserer Seite fechten, wenn wir in den Kampf ziehen mit der Losung: Des Volkes Wohl ist das oberste Gesetz. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

v. Dirksen (Rp.): Ein Gutes hat die Interpellation gehabt, das offene Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Republik und das offene Zusammengehen der Freisinnigen mit der Sozialdemokratie. Das werden wir uns für die Wahlen merken.

Liebermann v. Sonnenberg (WVgg.) bestreitet, daß der Reichstag ein Recht habe, an den Reden des Kaisers Kritik zu üben, die lediglich eine Mahnung zur Einigkeit an das deutsche Volk enthielten.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Es folgt die Interpellation der Freisinnigen darüber ob die

Pensionsversicherung der Privatangestellten

noch in dieser Saison zu erwarten sei.

Nach kurzer Begründung durch den Abg. Dr. Mudgan (VP.) erklärt

Staatssekretär Dr. Delbrück, daß die Vorlage gegenwärtig dem preußischen Ministerium vorliegt, und dann an den Bundesrat gehen werde, er werde sich jedenfalls bemühen, die Angelegenheit tunlichst zu fördern.

In der Besprechung der Interpellation erklären sich die Abgg. Dr. Dröscher (K.), Nacken (Z.), Liebermann v. Sonnenberg (A.) und Linz (Rp.) mit der Erklärung der Regierung einverstanden.

Robert Schmidt (SD.): Ob die Vorlage noch in dieser Session kommt, hat der Staatssekretär garnicht gesagt. Wenn sie kommt, werden meine Freunde bemüht sein, nach Möglichkeit den Wünschen der Privatangestellten gerecht zu werden.

Nach weiterer kurzer Diskussion schließt die Besprechung.

Die Beantwortung der Interpellation über die Rebschädlinge wird vom Staatssekretär für die zweite Hälfte nächster Woche zugesagt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr (Tagesordnung: Gesetz betr. Schutz des Banknotenpapiers wegen Nachahmung. Erste Lesung der Schiffahrtsabgaben.)

Schluß 5¾ Uhr.

Aus der Partei.

Warnung! Das Auslandskomitee des „Bundes" ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: „Das Zentralkomitee des „Bundes" erklärt den Zunahtmacher Meer Israelew Mischkin als Agent-Provokateur. Derselbe ist ca. 20 Jahre alt, von niedrigem Wuchs, dunkelblond, ohne jeden Haarwuchs im Gesicht, spricht schlecht russisch. Er steht in Diensten der Minsker „Schutzabteilung" und befindet sich gegenwärtig, nach vorhandenen Angaben, in Amerika.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Glasschleifer! Bei der Firma Kinon u. Co., Leipzig, ist aus Anlaß eines größeren Lohnabzuges ein Streik ausgebrochen. Die eingeleiteten Verhandlungen haben leider kein Resultat gehabt, da die Geschäftsleitung absolut kein Entgegenkommen zeigt. Die Firma hat ihr Hauptgeschäft in Aachen und Zweigniederlassungen in Berlin und dürfte versuchen, aus diesen Orten Streikbrecher heranzuziehen. — Die Glasschleifer werden ersucht, etwaige Arbeitsangebote der Firma abzulehnen und den Zuzug fernzuhalten. Der Abzug von 25 Proz. machte es den Arbeitern unmöglich, weiter zu arbeiten.

Der Stickerstreik in Plauen i. V. ist mit teilweisem Erfolg beendet worden. Es ist nicht überall gelungen, die Unterschrift der Unternehmer zum Tarif zu erreichen. Es wird jedoch in diesem Jahre an ebensovielen Maschinen zu unterschriebenen Tariflöhnen gearbeitet wie im Vorjahre. Meist werden die Tariflöhne auch dort bezahlt, wo der Tarif von den Unternehmern nicht unterschrieben ist.

Der Streik der Buchbinder, Kontobuch- und Kartonnagenarbeiter in Hannover wurde abgebrochen, nachdem sich gezeigt hatte, daß es den Arbeitgebern möglich geworden war, einen namhaften Teil ihrer Arbeiten auswärts herstellen zu lassen und auch die Anwerbung von Streikbrechern nicht erfolglos war. Trotz der größten Aufmerksamkeit der organisierten Arbeiter konnte Streikarbeit nicht leicht verhindert werden, weil sie als solche durch Fortlassung der Wasserzeichen im Papier und anderer Merkmale, die auf Hannoversches Ursprung hinweisen konnten, unkenntlich gemacht worden war. Außerdem waren die Arbeitgeber, wie sie erklärten, fest entschlossen, an ihrer Absicht festzuhalten, die sie vor Ausbruch des Streiks zum Ausdruck gebracht hatten: Kommt es zum Streik, dann werden wir das nicht mehr aufrecht erhalten, was wir am 4. Oktober als Äußerstes zugestanden haben. Und so blieben sie, trotz aller Versuche der Streikleitung und des Verbandsvorsitzenden, sie davon abzubringen, auf diesem ihren Standpunkt hartnäckig bestehen und ließen nur noch ihre geringeren Zugeständnisse gelten. Ja, sie stellten jetzt das Ultimatum: Wird nicht die Arbeit zu den vorstehend genannten Bedingungen wieder aufgenommen, so gilt wieder der alte Tarif von 1906 mit seinen weit niederen Lohnsätzen. Wohl wäre der Streik noch einige Wochen weiter zu führen gewesen, da die Streikenden sich gut gehalten und ungebrochen den Kampf fortzusetzen gewillt waren, allein der Kampf

wäre nutzlos gewesen, weil mehr als jetzt später nicht zu erreichen war. Die Löhne wurden gegen den bisherigen Tarif wie folgt erhöht: Gehilfen erhalten bis zum vollendeten 19. Lebensjahre 20 Mk. (bisher 19 Mk.), bis zum 21. Jahre 22 Mk. (21 Mk.), vom 23. bis 24. Jahre 24 Mk. (23 Mk.) und über 24 Jahr 25 Mk. (23 Mk.); Spezialarbeiter (Beschneider, Vergolder, Marmorierer, Schnittmacher, Kartonnagezuschneider und Mustermacher) wöchentlich 28 (26 Mk.) Den Arbeiterinnen wurden die Minimallöhne durchweg um 1 Mk. erhöht und den Hilfsarbeitern bis zu 4 Mk. bei fünfjähriger Beschäftigung in ein und demselben Betrieb. Bemerkt sei, daß die vor dem Streik angebotenen Löhne zum Teil bei den Arbeitern und Arbeiterinnen um 1 Mk. höher sich bewegten. Aufrecht erhalten blieb eine 5prozentige Zulage für alle diejenigen Gehilfen, welche über Minimum bis inkl. 28 Mk. entlohnt wurden.

Ein grandioser Streik. Vor etwa einem Monat brach auf der Spinnerei- und Weberei von Karetnikow in Teikowo (Gouv. Wladimir), wo ca. 6000 Arbeiter beschäftigt werden, ein Streik aus, der mit der größten Zähigkeit noch heute geführt wird. Die Forderungen der Streikenden entrollen ein düsteres Bild der Zustände in diesem Fabrikdorfe, wo die Fabrikadministration, wie in vielen solcher gewaltigen Betriebe im innerrussischen Industrierayon, mit unumschränkter Gewalt herrscht. Seit drei Jahren wurden in Teikowo wie in allen Fabrikstädten und -dörfern, wo die Arbeiter keinen geschlossenen Widerstand leisteten, die Errungenschaften der Revolutionsjahre Schritt für Schritt vernichtet und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter derart verschlechtert, daß der Streik jetzt mit elementarer Gewalt ausbrach und, ungeachtet des völligen Mangels einer Organisation — von einer Streikkasse gar nicht zu sprechen —, mit zäher Ausdauer und musterhafter Ruhe geführt wird. Wie von dort berichtet wird, wütet unter den Streikenden bereits der Hunger. Bei der rauhen Jahreszeit und dem Mangel aller Hilfsmittel ist der Kampf ungeheuer schwierig, umsomehr als sich die Direktion schroff ablehnend verhält und mit der Schließung der Fabrik droht. Zudem ist bereits die Polizei in Aktion getreten, die zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen vornimmt. Die Taktik, die hier befolgt wird, ist klar: zuerst soll die Masse durch Aushungerung und Polizeirepressionen mürbe gemacht werden, bis sich ein Anlaß bietet, „Unruhen" anzuzetteln und den letzten Widerstand der Arbeiter im Blute zu ertränken.

Zu den Differenzen in der Pirmasenser Schuhindustrie. Die Verhandlungen zwischen dem Fabrikantenverein und den Vertretern der organisierten Arbeiter sind Donnerstag zum Abschluß gekommen. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen: Die Arbeitszeit, die jetzt 60, teilweise 59 Stunden pro Woche betrug, soll vom 1. Juli 1911 ab auf 57 und vom 1. Juli 1912 ab auf 54 Stunden ermäßigt werden; von diesem Tage an tritt also der Neunstundentag voll in Kraft. Der Wochenverdienst der im Stundenlohn stehenden Arbeiter bleibt auch bei der verkürzten Arbeitszeit derselbe, die Akkordsätze bleiben unverändert. Überstunden sind zu 40 Stunden pro Jahr zu den Sätzen des Tagelohnes zu leisten. Was über 40 Stunden hinausgeht, ist mit 10 Pfg. extra pro Stunde zu vergüten. Die Abmachungen gelten bis 1. Juli 1912, die Beschlüsse unterliegen nach der Zustimmung der Generalversammlung des Fabrikantenvereins und des Zentralverbandes der Schuhmacher, die Freitag abend stattfindet.

Kohlenarbeiterstreik in Mannheim. In der syndikatfreien Kohlenvereinigung zu Mannheim haben die Fuhrleute wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt, nachdem die Firma zu einigen geringfügigen Zugeständnissen das Ultimatum gestellt hatte, die Zugeständnisse entweder anzunehmen oder die Arbeit niederzulegen. Bei derselben Firma war im Jahre 1908 ein Streik, an den sich Exzesse à la Moabit anschlossen und die einen großen Landfriedensbruch-Prozeß im Gefolge hatten. Obwohl es bisher bei dem jetzigen Streik noch nicht zu den geringsten Störungen kam, begleiten Schutzleute die Kohlenwagen der Firma durch die Straßen der Stadt, sodaß Volksansammlungen unvermeidlich sind.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Bochum erhielten die Werkskandidaten, für die die Hirsch-Dunckerschen und die Evangelischen Arbeiter-Vereine ihre Firmen hergaben, 7172, die Christlichen 2117, die freien Gewerkschaften 1528 Stimmen. Die letzteren gewannen gegenüber 1908 306 Stimmen, während die Christen 22 und die Werke 10 Stimmen verloren.

Die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände hält ihre diesjährige Verbandsversammlung Sonnabend, den 17. Dezember in Berlin ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Der Geschäftsbericht, den Generalsekretär Bueck erstatten und der namentlich auf die großen Arbeiterbewegungen des laufenden Jahres näher eingehen wird; ein Vortrag über Lohnstatistik von Dr. Hoff-Düsseldorf und ein Bericht über die Streikversicherung, erstattet von Dr. Tänzler-Berlin. Der Verbandsversammlung geht eine Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses voraus.

Die Moabiter Polizeischlachten vor Gericht.

Zu Beginn der Sonnabend-Sitzung stellt Rechtsanwalt Ulrich noch einmal den Antrag, seinen Klienten Schultz aus der Haft zu entlassen, da seine Eltern sich bereit erklärt haben, ihn aufzunehmen. Die anderen Anwälte betonen, daß dieselben Momente, die früher für die Haftentlassung auch anderer Angeklagter sprachen, auch heute noch vorliegen. Beschluß wird später gefaßt werden.

Hierauf ergänzt Polizeimajor Klein noch seine Aussagen, er will nicht den Verdacht aufkommen lassen, als ob Verpflegungskosten für Polizeimannschaften von der Firma Kupfer u. Co. geleistet seien. Die Polizei habe diese Kosten mit 1082,15 Mk. bezahlt. Rechtsanwalt Cohn erklärt demgegenüber, er werde beweisen, daß außer der von der Behörde bezahlten Verpflegung den Schutzleuten von der Firma noch verschiedenes anderes gereicht worden sei, vor allem auch Schnaps.

Hierauf wird der Zeuge Berthold vom Staatsanwalt Stenzler noch einmal nach seinem Gespräch mit dem Pastor Schwebel gefragt. Er soll bekunden, was Pastor Schwebel über den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Vorgänge gesagt hat. Rechtsanwalt Rosenfeld widerspricht dieser Frage. Mindestens müßte dann doch der Pastor Schwebel selbst geladen werden, damit der Zeuge Berthold in seiner Gegenwart aussage.

Nach der Vernehmung der hier genannten Zeugen gibt Rechtsanwalt Heine folgende Erklärung ab: Der Polizeipräsident hat durch eine vom 22. November datierte Verfügung es abgelehnt, den von uns als Zeugen benannten Beamten die Genehmigung zur Aussage zu erteilen, weil nicht angegeben war, über welche Fragen die Beamten vernommen werden sollten. Wir haben diese Fragen spezialisiert und in folgendem Antrage, den ich dem Gerichtshof überreiche, niedergelegt: Die Herren Oberregierungsrat Hoppe, Polizeimajor Klein, Polizeirat Dr. Henninger und Kommissar Kuhn sollen befragt werden, wieviel und welche Beamten der Schutzmannschaft, der Kriminalpolizei, der politischen und der Sittenpolizei in den kritischen Tagen in Moabit tätig waren, und in welchen Verkleidungen.

Ferner, welche Vigilanten, Agenten und andere Personen der Polizei Dienste geleistet haben. Weiter, wieviel Beamte sich gegenseitig durch Schläge verletzt haben, und ob es richtig ist, daß ein Beamter der politischen Polizei, der als Arbeiter verkleidet war, schwer zu Schaden gekommen ist. Der Polizeipräsident hat uns den Rat gegeben, wir sollten die verschiedenen Redakteure als Zeugen laden lassen darüber, was sie von der Polizei für Informationen erhalten haben. Wir lehnen es ab, vom Polizeipräsidenten Ratschläge in Empfang zu nehmen, wir wissen selbst, was wir zu tun haben. Die von uns veranlaßten Zeugenvernehmungen entbinden den Polizeipräsidenten nicht von der Verpflichtung, seinen Beamten die Ermächtigung zur Aussage zwecks Ermittelung der objektiven Wahrheit zu erteilen. Das Gericht lehnt die Frage vorläufig ab. Einige weitere Zeugen, die über den Vorfall mit den englischen Journalisten vernommen werden, wissen etwas Wesentliches nicht zu bekunden. Es wird dann der Zeuge, Kaufmann Heimann, vernommen, der u. a. bekundet, daß ein von einer Zivilperson geschlagener Herr sich an einen Polizeileutnant mit der Bitte wandte, den Schläger doch festzustellen. Der Polizeileutnant lehnte das ab. Der Zeuge hat den Schläger demnach für einen Kriminalbeamten gehalten. Welcher Polizeileutnant diese Feststellung abgelehnt hat, läßt sich vorderhand noch nicht ermitteln.

Die Aussagen der weiter vernommenen Zeugen brachten fast durchweg ein ungeheures Belastungsmaterial gegen die Polizei. So hat eine Zeugin gesehen, daß ein Schutzmann Kinder auf der Straße mit dem Fuß gestoßen, und daß ein Polizeileutnant einen alten Mann, der Kohlen auf der Straße aufsammelte, blutig geschlagen hat. Der Mann wollte mit den Kohlen nicht etwa werfen, sondern wollte sie zu Hause zur Feuerung benutzen. Passanten, die sich umgesehen haben, sind gleichfalls von der Polizei mißhandelt worden. Die Staatsanwaltschaft stellt der vorhin erwähnten Zeugin die Polizeioffiziere gegenüber, die Zeugin erklärt aber, daß es sich nicht um diese Polizeioffiziere handelt, sondern um ganz andere, die sie namhaft macht.

Auch der Zeuge Pastor Schwebel soll nochmals geladen werden, um in Gegenwart des Zeugen Berthold sich darüber zu äußern, ob er der Sozialdemokratie die Schuld an den Unruhen beigemessen hat. Vor Gericht hat er bekanntlich das Gegenteil gesagt.

Ein Gastwirt aus Moabit gibt eine wahrhaft ergreifende Schilderung davon, wie die Polizei in sein Lokal eingedrungen ist, ihn mit dem Revolver bedroht und blindlings mit dem Säbel auf Tische und Stühle eingeschlagen hat. Dabei waren in seinem Lokal Gäste überhaupt nicht zugegen. Der Zeuge kann sich nicht erklären, was die Schutzleute bei ihm wollten. Er hat sich auch beim Polizeipräsidenten beschwert, aber keine Antwort erhalten.

Der nächste Zeuge ist ein 16jähriger Kaufmannslehrling; er sagt aus, er hatte in Moabit einen geschäftlichen Auftrag auszuführen, geriet in die Reihen der Schutzleute und bat diese um Schutz. Statt dessen wurde er von 4 Beamten mit Säbelhieben traktiert, bis er blutig zu Boden fiel; er mußte längere Zeit im Krankenhause behandelt werden.

Plötzlich tritt der Polizeileutnant Götze hervor und sagt, der junge Mensch, von dem er bei seiner Vernehmung ausgesagt hat, daß er als Ordonnanz auf der Straße mit einem Rade hin- und hergefahren sei, sei jetzt ermittelt. Unter allgemeinem Staunen erzählt er, der betreffende habe das auf Anweisung der Parteileitung getan. Er sei jeden Morgen nach Moabit gefahren, um die Aufträge der Partei auszuführen, und habe sich, als ihm das über war, auf Anraten seiner Mutter krank gemeldet. Darauf seien Abgesandte der Partei in seine Wohnung gekommen, um sich zu überzeugen, daß er wirklich krank ist. Er sei jetzt wegen Landfriedensbruches angeklagt.

Rechtsanwalt Rosenfeld erwidert, daß es sich um einen Menschen handelt, der mit dem Streik bei Kupfer u. Co. garnichts zu tun habe. Er war vielmehr am Streik der Radfahrer der Deutschen Apothekergesellschaft beteiligt. Er ist auch nicht wegen Landfriedensbruch, sondern wegen Vergehen gegen § 153 angeklagt. Der Zeuge soll geladen werden.

Hierauf erklärt Rechtsanwalt Heine, daß der Mann mit dem Spitzbart, der nach Angaben des Zeugen Berthold der Masse Winke gegeben hat, gefunden sei. Es ist der Berichterstatter Unger vom Vorwärts. Dieser Zeuge wird dem Zeugen Berthold gegenübergestellt, aber Berthold erklärt, daß er ihn nicht kenne, und daß das auch nicht der rätselhafte Mann sei. In seiner Vernehmung gibt Unger eine Reihe von Polizeibrutalitäten an, die er beobachtet hat. Unter anderem soll ein Kriminalbeamter auf ruhig dastehende Leute in Gegenwart von uniformierten Schutzleuten und eines Polizeioffiziers mit einem Gummiknüppel eingeschlagen haben.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lieber, will damit die Beweisaufnahme für den allgemeinen Teil schließen. Die Verteidigung widerspricht dem im Interesse der Angeklagten, die den Beweis erbringen wollen, daß von einem Aufruhr gar keine Rede sein kann, sondern daß es sich nur um eine berechtigte Notwehr gegen ungesetzliche Maßnahmen der Polizei handle.

Das Gericht beschloß trotzdem, die allgemeine Beweisaufnahme vorläufig abzubrechen und Montag in die Beweisaufnahme der einzelnen Fälle einzutreten.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine Liebestragödie vor dem Kriegsgericht. Eine Liebestragödie ungewöhnlicher Art beschäftigte Donnerstag das Kriegsgericht der dritten Division in Dresden, vor dem sich der 20jährige Student und Einjährig-Freiwillige Lewin von der 1. Matrosen-Artillerie-Abteilung in Friedrichsort bei Kiel wegen Tötung seiner 33jährigen verheirateten Tante auf ausdrückliches Verlangen und wegen Fahnenflucht zu verantworten hatte. Das Urteil lautete auf vier Jahre sieben Monate Gefängnis, von denen drei Monate als verbüßt gelten.

Todesurteil in einem Streikprozeß. Vor dem Schwurgericht in Rouen (Frankreich) wurde am 25. November gegen sieben Arbeiter verhandelt, die angeklagt waren, gelegentlich des Kaiarbeiterausstandes in Havre im September dieses Jahres den Führer einer Kolonne von Arbeitswilligen totgeschlagen zu haben. Von den Angeklagten wurde einer zum Tode, einer zu fünfzehn und zwei andere zu acht Jahren Zwangsarbeit, letztere drei außerdem zur Zahlung einer Entschädigung von zwanzigtausend Franks verurteilt; die drei anderen wurden freigesprochen. Für den zum Tode Verurteilten beschloß das Gericht, ein Gnadengesuch einzureichen. Das Todesurteil hat bei den Syndikaten in Paris große Erregung hervorgerufen. Die Vereinigung der Syndikate des Seinedepartements und der Allgemeinen Arbeiterverbände beabsichtigt, in der nächsten Zeit eine allgemeine Protestversammlung einzuberufen.

Aus Nah und Fern.

Durch Kohlendunst vergiftet. Zwei bei einem Fleischermeister in Allenstein beschäftigte Gesellen wurden Sonnabend früh durch Kohlendunst vergiftet tot aufgefunden.

Eine Ehetragödie spielte sich vor dem Mannheimer Parkhotel ab. Die 30 Jahre alte Frau Anna Zimmermann warf sich unter ein Automobil, das von ihrem Manne gelenkt wurde; das Auto fuhr ihr über beide Beine. Die Frau lebte von ihrem Manne getrennt.

Opfer des Meeres. Aus La Rochelle wird gemeldet: Der Schooner „Marie Pauline" von Saint Malo litt an der Küste der Insel Oleron Schiffbruch. Von den 29 Mann der Besatzung wurden 24 gerettet und auf Oleron gelandet.

Fünf Personen ermordet. In dem russischen Dorfe Urbinsi im Kreise Gorisk raubten zwölf Banditen zwei Häuser aus, ermordeten fünf Personen und warfen die Leichen in den nahen Fluß. Die Banditen sind entkommen.

Kundgebungen für Tolstoi — Polizei-Attacken. Aus Odessa wird berichtet: Hier fand eine Kundgebung für Tolstoi statt, die zu einer leidenschaftlichen Demonstration für den großen Toten wurde. Es beteiligten sich daran viele Studenten, Studentinnen und zahlreiches Publikum. Die Demonstranten hatten sich auf dem Kirchenplatz versammelt und zogen nach der Deribasowskaja-Straße unter den Rufen: Nieder mit der Todesstrafe! Die Polizei ging scharf vor und verwundete einige der Demonstranten. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter auch die einiger Frauen. Die reaktionäre „Schwarze Bande" durchzog die Hauptstraßen und zerschlug die Fensterscheiben einiger Bücherläden und der Redaktionen liberaler Zeitungen. Die Vorstände mehrerer Gewerkschaftsverbände wurden verhaftet.

Unwetter am Kaspischen Meer. Aus Astrachan wird telegraphiert, daß ein heftiger Sturm am Kaspischen Meer in der Ortschaft Birjutschjakossa über fünfzig Häuser unter Wasser gesetzt hat. Zur Hilfeleistung ist ein Regierungsdampfer entsandt worden.

Crippens Abschiedsbrief. „Lloyds Weekly News" bringt einen von Crippen am Tage vor seiner Hinrichtung an Frl. Le Neve geschriebenen Brief, den diese der Wochenschrift zur Veröffentlichung übergeben hat. Crippen beteuert nochmals seine Unschuld und erklärt, alle Nachrichten über angebliche Geständnisse von ihm seien Erdichtungen. Er nimmt dann von seiner Geliebten Abschied und bemüht sich mehrmals, die Hinfälligkeit der Schlußfolgerungen des Staatsanwalts und des Gerichtsvorsitzenden zu erweisen. Sodann bittet er Frl. Le Neve, seine Leiche verbrennen zu lassen und gibt seiner Freude Ausdruck darüber, daß ihr Freunde helfen wollen bei ihrem Kampf ums Dasein. Er schließt: Meine Sorgen werden bald zu Ende sein, da ich morgen in Gottes Hand sein werde. Ich habe den festen Glauben, Gott wird meinen Geist stets bei Dir weilen lassen und nach der äußeren Trennung unsere Seelen für immer vereinen.

Der Beringgletscher geborsten. Aus Alaska wird gemeldet, daß der Beringgletscher geborsten sei. Der innere Gletschersee ergießt sich über das Beringtal, in dem sich viele Bergwerke befinden. Der Beringfluß ist um zehn Fuß gestiegen. Zahlreiche Bergmannshütten sind vernichtet. Das ganze Tal ist mit Wasser und riesigen Eisblöcken überdeckt. Rettungsexpeditionen sind unterwegs. Über die Zahl der bei der Katastrophe umgekommenen Personen ist noch nichts bekannt.

Vierzig Personen verbrannt. Aus Newark (New Jersey), 26. November, wird telegraphiert: Heute brach in dem Fabrikgebäude der Newark Paperbox Company Feuer aus. Vierzig Personen sind dabei umgekommen. Fünfzig junge Mädchen, die in der Fabrik arbeiteten, fanden im oberen Flur keinen Ausweg. Es entstand eine Panik. Die Toten sind meist Frauen und Mädchen, denen die Flammen den Ausweg versperrten. Vierzehn Mädchen, die vom vierten Stock herabsprangen, wurden getötet, zahlreiche andere erlitten schwere Verletzungen. Die Brandkatastrophe von Newark erweist sich nach Feststellung der Listen und Wegräumung der Trümmer viel ärger, als ursprünglich geglaubt; bis jetzt wurde festgestellt, daß dreiundzwanzig Frauen und Mädchen teils verbrannt, teils beim Sprung aus dem Fenster tödlich verletzt und ein Knabe getötet wurden. Dreißig Verletzte liegen in den Hospitälern, darunter viele tödlich Verwundete. Die Trümmer werden weiter nach Leichen durchsucht. Das Fabrikgebäude war sehr alt und reich mit Holzwerk versehen. Die Explosion einer Gasolinlampe in den Räumen der Anchor Lamp Company verursachte den Brand. Das Gasolin spritzte weit umher. Das Haus war fast im selben Augenblick in Flammen gehüllt. Alle Treppen waren erfüllt von Rauch, der den hundert dort arbeitenden Mädchen die Flucht abschnitt. Ein Teil davon erreichte schließlich die Notleiter und fand dann Rettung. Die Feuerwehr, deren Spritzenhaus unmittelbar gegenüber dem Gebäude gelegen ist, war nach einer Minute zur Stelle. Sie breitete sofort Sprungnetze aus, die geängstigten Mädchen drängten sich aber an den Fenstern dermaßen, daß die meisten das Sprungnetz verfehlten und zerschmettert aufs Pflaster stürzten. Die Toten sind meistens Slavinnen und Italienerinnen. Deren Angehörige umgeben jetzt laut jammernd die Brandstätte. Von dem Gebäude sind nur mehr die Mauern übrig. Die Polizei leitete sofort die Untersuchung ein. Wie es scheint, waren die Rettungsvorkehrungen in der Fabrik vernachlässigt und unbrauchbar. Statt vorgeschriebenen zwölf Feuernotleitern war am Gebäude nur eine vorhanden. Jetzt, da es zu spät ist, wurde die Durchführung der Vorschriften bei zahlreichen andern, ebenso feuergefährlichen Fabrikgebäuden in Newark veranlaßt.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 7. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Buridans Esel. — David Ricardos Steuertheorie. Von M. Nachmson. — Der Weg der Reaktion. Von Wilhelm Düwell. — Der moderne Antisemitismus in Rußland. Von W. Medem. — Die Elbsandsteinindustrie und ihre Arbeiter. Von Josef Kliche. — Neue Bücher über Genossenschaftswesen. Von H. Fleißner. — Literarische Rundschau: David Friedrich, Marokko und Persien. Von Radek. — Notizen: Eine neue Aufgabe im Klassenkampf. Von P. Rissau, Kiel. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelkins.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Erscheint dreimal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Kohlmarkt 5 **Gebr. Barg** Tel. No. 1739
Lübeck.
Manufaktur- und Leinenwaren. Aussteuer-Artikel. Damen- und Kinder-Konfektion. Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Einkauf von **Margarine** verlange man ausdrücklich die erstklassigen Margarinemarken der Firma **A. L. Mohr** G. m. b. H., Altona—Bahrenfeld. Überall erhältlich!

Thür. Wurst- u. Fleischkons.-Fabrik
Tel. 8971 **August Scheere** Tel. 8973
Holstenstr. 19. Tel 8972.
Hüxstr. 22/24. Tel. 8977.
Warendorpstr. 21. Tel. 8976.
Breitestr. 44. Tel. 8974.
Mühlenstr. 20. Tel. 8975.
Parcevalstr. 32. Tel. 8978.

H.E. Koch's Möbelhäuser
bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u. Aussteuer-Lief. Sofas, Stühle, Spieg., Matratzen. Musterb. grat. Lief. frei.

Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672. Mühlenstr. 36 und 40.

Schuhwarenhaus A. Popp, Breitestr. 7.

G. Stooss Fischergrube 25

A. N. Becker Uhrmacher
Uhren und Goldwaren
Spezialität Trauringe
Holstenst 32

Spille & v. Lühmann, Herren- u. Knaben-Garderobe.

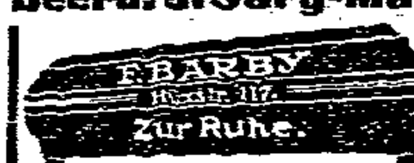
Abzahl.-Geschäft
S. Sachs, Lübeck, Schmiedestr. 2.

Arb.- u. Berufs-Kl.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pein, am Markt.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Rudolph Karstadt, **Eutin.**
Johannes Hansen, **Oldesloe.**
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde

Art. z. Krankenpfl.
F.W. Busch, Lübeck, Roeckstr. 5b.
F. W. Heyde, König-str. 38.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
H. Rühl, Hüxstr. 34 Lieferant d. Ortskrankenkasse.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Richelsen, Königstr. 111. Tomb.-, Schieß- u. Kegelgew.

Bäckereien
Paul Burmester Lübeck, Lg. Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
Dampfbäckerei „Hansa" J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
T. F. Hinrichs, Moislinger Allee 43.
Wilh. Hüper, Beckergrube 76.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 36.
R. Kasch Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57a.
A. Hetelmann, Schlum.-Str. 1. Sp.: Kond., Feinbäckerei.
Heinr. Tamm, Wickedestr. 20.
E. Reinhold, Eutin, Kielerstr. 34. Weiß-, Fein-, Grobbäckerei.
Johs. Gode, Moisling, Grob-, Fein- u. Weißbäckerei.
L. Schünemann Reinfeld, Kirchsteig Fein-, Weiß-, Grobb.
Joh. Elvers, Schlutup, Lübeckerstr. 46. Erstklass. Ware. Reelle Bedienung.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Westoerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
Herm. Steffen, **Seeretz.**
W. Steinhoff, **Travemünde.**

Beerd. u. Sarg-Mag.


Georg Behnck, Lübeck, Warendorpstr. 4. T. 2186.
Central-Beerdigungsinstitut A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1090.
H. Herenburg, Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Weiß, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
H. Griebel, **Eutin.** Weidestr. 14.
G. Wackenhut, **Fackenburg.**
H. Kröger, Rensefeld. Gr. Lager in Holz- und Metallsärgen.

Besohlanstalten
C. Buchholtz, Lübeck, Schwart. Allee 4. Besohlanst. „Elektric".
H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51.
W. Hinz, Schlumacherstr. 33.
J. Kalkhorst, Warendorpstr. 20, Fünfhausen 7.
Johs. Petersen, Kupferschmiedestr. 3.
Johannes Voß, Hüxstr. 90.

Betten, Bettfedern
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Duve, Große Burgstr. 32.
J. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Richard Wagner, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.

Brauereien
Trinkt nur Adler-Bier.
Aktien-Bierbrauerei Lübeck Lübecker Bürgerbräu. Braunbier.
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schlossbräu H. A. Wulf Untertrave 96. Fernspr. 1224.
Lübecker Hansa-Bier
[illegible]

Zur Walkmühle H. Lück empfiehlt Lagerbier in Gebinden und Flaschen.

Brauereien
Chr. Bade, Hüxstr. 128. ff. Braunbier.
Paul Flemming, Engelsgrube 62/64. Eimer-, Braun- und Doppelbier.
L. Hochbaum, Schulstr 8. Braun- und Eimerbier.
Grabower Methbier 12 Fl. M. 1.30 frei Haus. Bierverl L. Meyenborg, Warendorpst. 52/54.
Adolf Osbahr, Inh. Fr Kropf, Glockengießerstr. 87
Braunbier Hermann Stamer.
F. Weiermiller Schwartauer Allee No. 3b
Eimerb b Meyenborg, Warendorpst.
Heinr. Wilcken, Engelswisch 17/19. ff. Braunbier.
Franz Langloh Schlutuper ff. Braunbier

Brennmaterialien
Otto Höfke, **Lübeck**, Blanckstr. 14a.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Buchhandlung
W. Behlendorff, **Lübeck**, Hüxstr. 71.

Bürsten, Kämme
H. Hagenström, Lübeck, Königstr. 80.
F. Wichmann, Hüxstr. 46.

Butter-, Käsehdlgn.
Joh. Beutin, **Lübeck**, Hüxstr. 42.
L. Erdmann, Fleischhauerstr. 4. Fleisch-, Wurstw. Heringe.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Rud. Jaacks, Inhaber: H. Scheel, Kupferschmiedestr. 7.
C. Krapp Ob. Wahmst. 6 Eierhandlung en gros, en detail
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Rocksien, Hüxstr. 23.
L. Schnoor, Wagnitzmauer 82.
J. Semrau, Braunstr. 32.
Th. Storm Nachf., Königstr. 98. T. 473. en gros, en detail.
Lübecker Butter-Haus, Fr. Warnecke, Breitestraße 1/5.
Hans Wegener, Wahmstr. 10.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Chem. Färb., Wäsch.
Alw. Karstadt, Lübeck, Holstenst. 20, Warend.-St. 30.
C. Monica, Kupferschmiedestr. 13.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
H. Böttcher, Fackenbg. Allee 11. Cig. i. allen Preislagen.
Conrad Hardt. Huxstraße 126.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
M. Henke's Wwe., Böttcherstr. 30.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
F. Langermann, Mühlenbrücke 4.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigarren, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Alb. Meyer, Engelsgrube 89.
Heinr Möller, Holstenstr. 42.
A. Riecken, eig. Fabr., Schw. Allee 63.
Otto Schlamm, Königst. 48b. „Anila". hochf. 6-Pf.-Cigarre.
Karl Schmidt, Töpferweg 70.
Paul Thiel, Beckergrube 31.
M. Vosgerau, Balauerfohr 29.
Carl Wittfoot, Hüxstr. 18.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.
C. Bruhn, Cigarrenfabr., **Reinfeld.**
H. Timm, **Schwartau**, Lüb.-Str. 2

Dam.-Kleiderstoffe
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Hans Struve, Königstr. 89.

Damen-Konfektion
Gebr. Hirschfeld, Lübeck, Breitestr. 39/41.
Hans Struve, Königstr. 89.

Dampfwasch-, Plättanst.
Pariser Kunstwäscherei, Paul Duncker, Loignistraße 3. Fernruf 1305, 529.
Groß-Dampfwäscherei „Vorwerk", Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623. Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 60. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Waschanstalt, Petzerstr. 1e.

Drogenhandlungen
Otto Bähnk, Lübeck, Friedenstr. 76.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Heinr. Heidtmann, Warend.-Str. 72.
Johannes Kohl, Wickedestr. 52.

Drogerien
J. Becker, **Lübeck**, Dornestr. 29.
F. W. Busch, Roeckstr. 5b.
Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöfft.
Burg-Drogerie, H. Oelgart Nachf., Gr. Burgstr. 44.
W. Hohenschild, Marlist. 42e. T. 736.
Christoph Jensen, Pfaffenstr. 20.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Carl Maaß, Schlumacherstr. (Ecke Königstr.)
Karl Pagel, Wickedestr. 3. Tel. 1487.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
J. Runge, Moisl. Allee 6a.
Otto Schlicke, Fackenbg. Allee 70.
H. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-Str. 66.
Adler-Drogerie, Schwartau.
H. Loppenthien, Seeretz.

Fahrr., Nähmasch.
H. Bade, Lübeck, Mühlenbr. 2. Rep.-Werkst. aller Syst.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.

Fahrr., Nähmasch.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Kath,
Frister & Roßmann - Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Altstr. 31.
Otto Dortmundt Schwart. Allee 99. Eig. Repar.-Werkst.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 15. Lübecker Fahrräder.
Hugo Meier, Wahmstr. 21.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
O. Störzner, Hüxstr. 54, Johannesstr. Mangeln, Wasch- u. Wringm.
Th. Vedder, Friedenstraße 1. Sämtliche Reparaturen für Fahrräder u. Nähmasch. werden gut und billig ausgeführt.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
Johs. Marcks, **Schlutup.**
H. Krohne, **Schwartau**, Lüb.-St. 71 Rep Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
Wilh. Bandholtz, Lübeck, Hüxstr. 92. Fußbodenöl „Bandol".
J. Becker, Dornestr. 29.
Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöfft.
Hansa-Drogerie Karl Mayer, Fackenbg. Allee 10.
Reichhaltiges Lager mod. Tapeten.
Heinr. Heickendorf, Markt 15/16.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. F. 736.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
J. Runge, Moislinger Allee 6a.
Otto Sehlcke, Fackenbg. Allee 70.
Hr. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-St. 66.
Adler-Drogerie, **Schwartau.**

Fleisch- u. Wurstw.
Emil Aland,
Wilh. Schmidt Nachflgr., **Lübeck,** Mengstr. 2. Wurst und Aufschnitt.
Paul Boldt, Wahmstr. 22.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Johs. Heick, Markt 2, Kohlmarkt 14. Spezialität: Prima Fleischwaren.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
Herm. Kähler, Sadowastr. 35. Erstklassige Ware billig.
Oscar Keil, Schwartauer Allee 65.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
Heinr. Kohl, Moislinger Allee 57.
W. C. Koeppke, Schlachterei und Wurstfabrik, Klingenberg N. 3/4. Telephon 489. ff. Aufschnitt- und Fleisch-Waren.
Braunschweiger Wurstfabrik Heinrich Kronsbein, Travelmannstr. 26/28, Tel. 1439; Hansastr. 95. Tel. 2182. Prima Fleisch- u. Wurstwaren. Spezialität: **Aufschnitt.**
L. Küntzel, Blücherstr. 22. Pa. Fleisch- u. Wurstw.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
A. Meiz, Glockengießerstr. 73. — Fernruf 2358. —
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Willy Niß, Warendorpstr. 53, Ecke Schwart. Allee.
Jos. Pantsch, Holstenstr. 22. Fernr. 1249. Sp.: ff. Aufschnitt.
Friedrich Paetau, Wurst-Fabrik. Mühlenstr. 27 Pa. Fleisch- und Wurstwaren.
Wilh. Pätow, Dankwartsgr. 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Georg Rehder, Hüxstr. 79.
A. Rolf, Gr. Burgstr. 37. Telefonruf: 1772.
Christ. Scheel, Westhoffstr. 33.
H. Schmalfeld & W. Mamerow, Reiferstr. 26. Telephon No. 2152.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Carl Tiedt, Ob. Trave 7. Telephon 971.
Gust. Wietzke, Mühlenstr. 81. Pa. Fl.- u. Wurstwaren.
Gust. Zach, Kottwitzstr. 32.
Ernst Zachow, Georgstr. 37.
Heinr. Steer, **Eutin,** Kielerstr. 34. Pa. Fleisch- u. Wurstw.
E. Martens **Moisling.** Nur gute Ware.
R. Müller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.
Heinr. Ahrendt, Schlutup. Schlachterei und Wurstfabrik.
Franz Winkler, Schlutup, Lüb.-Str. 31. Prima Fleisch- und Wurst-Waren.

Friseure, Parfüm.
Helmuth Koch, Lübeck, Marlesgr. 6.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.
M. Lauck, Wahmstr. 71.
Frau Ad. Richter, Wwe. b. Skt. Johann 8.
Aug. Schmidt, Ratzebg. Allee 44.
A. Litzenroth, **Moisling.**
J. Wiescheendorf, Schlutup, Lüb.-Str. 48.
B. Adler, Schwartau, Lüb.-Str. 34.

Galant.-, Spielwar.
Louis Boy, **Lübeck,** Breitestr. 58a. Vorteilh. Bez.-Quelle f. sämtliche Geschenkartikel.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.
Raths Central-Bazar, **Oldesloe.**
M. Kranz, **Schlutup**, Wesloerstr. 11.
Jacobsens Kinder, Schwartau, Lüb.-Str. 34.

Gardinen, Teppiche
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.

Gelegenheitskäufe
Willy Janssen. Lübeck, Böttcherst. 31.

Glas und Porzellan
A. F. Römling, Lübeck. Marlesgr. 16.
Tel. 1136. Glas, Porzellan u. Steingut.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95

Gold-, Silberwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck Hüxst. 25.
A. Braun, Goldschmied, St. Petri 15.
Johs. Tollgreve, Goldschm., Königst. 92.

Handels-Lehranst.
Björkman Lübeck, Beckergr. 18[1]. Behördl. genehmigt.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Gummiw., Bandag.
F.W. Busch, Lübeck, Roeckstr. 5b.
Wessels Gummi-Spezial-Gesch. Breitestr. 60

Haus- u. Küchenger
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
J. F. B. Grube, am Markt.
Carl Hartmann, Glandorpstr. 2.
W. Klüssendorf, Hüxstr. 116. T. 1159. Sp.: Gäskr., Kocher u. Plätten, Bierdr.-App., Bade-Einr.
Bernhd. Neumann, Balauerfohr 12.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
Riesenbazar P. Cagna Breitest. 33
Vort. Bez. **C. Rittscher** Holstenstr. 34. Sp.: Emaille-Geschirre.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95.
E. Winkelmann Nachf., **Eutin.**
F. Vester, **Neuhof** b. Reinfeld.
Raths Central-Bazar, **Oldesloe.**
Wilh. Maaß, **Reinfeld.**
M. Kranz, **Schlutup,** Wesloerst. 11.
Louis Rathmann, **Schwartau.**

Herren-Artikel
Hans Kamerhuis Ob. Wahmstr. 17. Wäsche, Krawatten, Hüte.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Emil Württenberger, Kohlmarkt 8. — Spez. **Hüte** — Markt 5. Wäsche, Kravatten u. Unterzeug

Herren- u. Knab.-Gard.
Franzen & Co., Lübeck, Holstenstr. 16.
Albert Meincke, Ecke Aegidienst. 15.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Hans Struve, Königstr. 89.
Rudolph Karstadt, **Eutin.**
Johannes Hansen, **Oldesloe.**
A. Lenz, Oldesloe, Bestthorstr. 10.
Ch. F. Stahmer, **Reinfeld.**
Max Kankel, **Schlutup.**
J. Ramm, Schlutup.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, **Lübeck,** Wahmstr. 9.
Lorenz Richter, Breitestr. 20.
Walter Stalbohm, Hüxstr. 26.
Hans Struve, Königstr. 89.
Johs. Tralow, 11 ob. Wahmstr. 11. Spezial.: Pelzwaren.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.
G. Woltmann, Breitestr. 27. Hüte, Mützen, Schirme.

Kolonial-, Fettwar.
H. Bannow, **Lübeck,** Tunkenh. 32.
Otto Bähnk, Friedenstr. 76.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Friedr. Berger, Warendorpstr. 32.
Johann Beutin, Hüxstr. 42.
J. Binias, Fleischhauerstr. 114.
Adolf Burmester, Reiferstr. 43.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Aug. Dibbert, Tunkenhagen 20. Vorteilhafte Bezugsquelle für Tonwaren, Pantoffel.
F. Doß, Gr. Gröpelgrube 19.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
W. Fischer, Schwönekenquerstr. 11.
Georg Hartkopf, Adlerstr. 38. Drogen u. Farben.
Fritz Hartmann, Krähenstr. 12.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Heinr. Heidtmann, Warend.-Str. 72.
Otto Höfke, Blanckstr. 14a.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
Johannes Kohl, Wickedestr. 52.
C. Lender, Hundestr. 42.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Heinr. Lohse, Johannisstr. 65.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
Joh. Müller, Hartengrube 21. Eig. Kaffeerösterei.
E. Pagels, Glockengießerstr. 71.
W. Puls, Joh. Fick Nchf., Wahmst. 92, Ecke Balauerfohr. Brennmat.
S. Resenhöft, Schwönekenqustr. 26.
Emma Runge, Cronsf. Allee 105.
M. Schwang, Paulstr. 11a.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
Joh. Schwabroh, Moisling, Allee 33.
J. Semrau, Braunstr. 32.
Joh. Timm, Schwartauer Allee 131a.
Carl Trost Nachflg., Fackenbg. Allee 55c.
F. Volkstaedt, Ecke Fünfh. 33. Aufschn. u. Käse.
L. Weimann, Maiblumenstr. 6/8.
Heinrich Wille, Lg. Lohberg 1.
H. F. Falckenhagen, Eutin, Kielerst. 25
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
H. Ohde, **Moisling.**

Kolonial-, Fettwar.
Rich. Witten, Oldesloe, Langest. 24.
Rich. Heitmann, **Reinfeld.**
Wilh. Maaß, Reinfeld.
Karl Barkmann, **Schlutup.**
P Draguhn, **Schwartau**, Lüb.-St. 8.
Louis Rathmann, Schwartau.
Herm. Kadow, **Seeretz.**
Heinr. Loppenthien, Seeretz.
J. U. Kröger, **Travemünde.**

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Korbw., Kinderwag
K. Schulmerich, Mühlenstr. 28.
Wilh. Oldenburg, Hüxstr. 90.
J. Redemann, **Oldesloe.** Langest. 8.
Joh. Draguhn, Schwartau, Markt 2

Kurz-, Weiss-, Wollw.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Heick & Schmaltz, Sandstr. 11.
H. Hornbogen, Königstr. 71.
Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
M. Schläger, Glockengießerstr. 44.
Hans Struve, Königstr. 89.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Max Wischendorff, Hüxstr. 123.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
H. Ohde, **Moisling.**
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
J. Ramm, **Schlutup.**

Lederwaren, Koffer
Alex. Krock, **Lübeck**, Königstr. 47.

Manufakturwaren
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitest. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Duve, Gr. Burgstr. 32.
Feldmeier, Slump & Elberfeld.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Theodor Vagt, Tunkenhagen 1.
J. Behrens, **Eutin.**
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Johannes Hansen, **Oldesloe.**
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Max Kankel, **Schlutup.**
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.
J. Schaap, Schwartau.

Möbelmagazine
Gustav Busch, Lübeck, Altstr. 21. Vorteilh. Bezugs-Qu.
Carl Folkers, Marlesgr. 25. Fernruf 734. Gr. Ausw., bill. Preise. Weitestgeh. Garant. Liefrg. frei Haus auf eig. Möbelwg.
Hintze & Steeh, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
C. Kaphengst, Königstr. 50. Vortlh. Bezugsqu.
B. Lux, Marlesgrube 51.
J Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichten. z. billigen Pr.
Georg Topp, 24 Marlesgrube 24. Neue u. gut erhaltene Möbel.
G. Wackenhut, **Fackenburg.**
B. Gerigk, Malente, Bahnhofstr. 46.
H. Hoffmann, Reinfeld, Bahnhofstr.
H. Burmeister, Schlutup, Lüb.-St. 66.
Herm. Pingel, **Schwartau.**

Molkereiprodukte

Meiereien
Meierei Rensefeld Inh. **Paul Rickert.** Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau Inhaber **Philipp Eitel.** Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Musikwaren
H. Haller, Lübeck, Markt 3, Kohlmkt. 12.
Musikhaus Jack, Königstr. 96.
F. W. Kaibel, Breitestr. 40.
Meyer & Eggert, Königstr. 116.

Obst u. Südfrüchte
K. Christoffersen, Lübeck, Holstenstr. 42.
Sophie Aster Wwe., Fischergr. 49.
Amanda Voß, Lg. Lohberg 50.

Optik u. Mechanik
Hugo Meier, Lübeck, Wahmstr. 21.
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, **56 Breitestr. 56.**

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Atelier Lubecca, Breitest. 13. Photograph. gut u. billig.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Th. Bruß, **Reinfeld**, Bahnhofstr.

Putz u. Modewaren
C. Badendiek, Lübeck, Königstr. 26. Holstenstr. 13/15.
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.
D. Wagner, Holstenstr. 8.
Clara Kahle, Obere Wahmstr. 1.
W. Simm, Balauerf. 16. Brautschmuck.

Rein-, Rep.-, Bügelanst.
C. Wimmer, Inh. H. Schiesselmann, **Lübeck,** Mühlenst. 30.

Piano-Magazine
Haussmann Johannisstr. 14. Verkauf, Vermiet., Repar
F. W. Kaibel. Breitestr. 40. Neue u gebr. Pian. in all. Preisl

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.
Gasthof am **Kreuzweg.** E Cordts, Seeretz

Ross-Schlächter.
Heinr. Bibow, **Lübeck,** Krähenst. 15. Pa. Roßfleischwaren.
H. Dieckvoß, Ob. Trave 12. Tel. 1664 Sp.: Roßfleischwaren.
J. Strobel, Loignystraße 8, Marli. — ff. Beefsteaks u. Gehacktes frisch v. Eis
Ernst Wulff, Dankwartsgr. 34 Tel. 958. Täglich frische Scheiben und Gehacktes.
H. Wulff, Fischergr. 10. Telephon 1149.
H. Jäde, **Schwartau**, Rantzau-All. 15.

Schirme u. Stöcke
E. Peterich, Pfeifen, **Schwartau.**

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
Carl Ehlert, Schwart. Allee 85.
Th. Linn, Glockengießerstr. 29.
M. Maxein Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.
Otto Wessel, Moislg. Allee 4a.
H. Bruhn, **Reinfeld.** Bahnhofstr. 100.

Schuhwaren
Herm. Bade, **Lübeck,** Marienstr. 2.
Baurenfeind, Mühlenstr. 34. Auch Reparat.
E. Baer, Marlesgrube 4 und 38. Speziell für Arbeiter.
Heinr. Beekmann, Pelferstr. 3, b. d. Schwart. Allee.
W. Blumenthal, Kohlmarkt, Ecke Sandstr., Schwartauer Allee, Ecke Geverdesst.
P. Beeck, Balauerfohr 5. Maß. Reparaturen.
Carl Buchholtz, Schwartauer Allee 4 — Record-Stiefel. —
Friedr. Busch, Schuhwaren-Haus, Mühlenstr. 27.
H. Fehlauer, Engelsgrube 81.
Franzen & Co., Holstenstr. 16.
Zum billigen Schuhladen, W. Kracht, Pfaffenstr. 15.
F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Raetz & Kremin, Georgstr. 40.
Chr. Robien, Schwönekenquerstr. 25. Billige Bezugsquelle.
H. P. Chr. Schleuß, Schlum.-Str. 31.
Rudolph Karstadt, **Eutin.**
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Johannes Hansen, **Oldesloe.**
Richard Wagner, **Reinfeld.**
J. Ramm, **Schlutup.**
A. Brede, **Schwartau.**

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Adler-Drogerie, **Schwartau.**

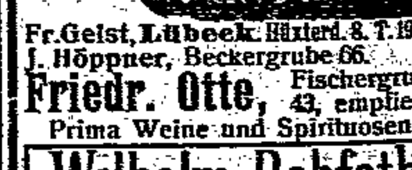
Stahl-, Eisenwaren
Otto Beier, Schlumacher-Straße 4. Schleifer u. Siebmacher.
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
J. F. B. Grube, am Markt.
Martin Jürgens, Unt. Hüxstraße 105. Hohlschleiferei. Sp.: Rasiermesser.
Carl Rittscher, Holstenstr. 31.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Benleko, **Lübeck,** Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.
E. Niese, Schwartau, Lüb.-Str. 52.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, **Lübeck,** Breitestr. 25.
H. Hornbogen, Königstr. 71.
Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.
Hans Struve, Königstr. 89.
Carl Bock, Fünfhausen 22. Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck Hüxst. 25.
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Ernst Gentzen, Königstr. 62.
Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.
Th. Köhler, Untertrave 69.
Carl Lüneburg, Beckergrube 5.
Georg Reese, Hüxstr. 22/24.
Bruno Schmidt, Uhrmacher, Hüxstr. 77.
Heinr. Schultz, Johannisstr. 20.
Willi Westfehling, Holstenstr. 40.
Ad. Hübner, Uhrmacher, Fünfhausen 13.
H. C. Lemke, Oldesloe, Langestr. 52.
H. Nevermann, **Schwartau.**

Wäsche-Ausstatt.
Otto Eggers, **Lübeck,** Hüxstr. 43.

Weine, Spirituosen


Fr. Geist, **Lübeck** Hüxterd. 8. T. 1935.
J. Höppner, Beckergrube 66.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.
Wilhelm Rahfoth Lübeck, Untertrave 113. Fernspr. 687.
M. Kranz, **Schlutup**, Wesloerstr. 11.

Rudolph Karstadt
Beste und billigste Bezugsquelle für alle Manufakturwaren, Damen-Konfektion, Herren- und Knaben-Garderoben, Schuhwaren, Wirtschafts-Artikel usw.

Otto Albers, Kohlmarkt 10
Spezial-Geschäft für Arbeiter-Ausstattungen. Manufakturwaren und Garderoben.
Alls. bekannt als gut u. billig!

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

befreit, im zweiten Betriebsjahre haben sie nur die Hälfte dieser Steuer zu entrichten." Dr. Ziehl zog zugunsten dieses Antrages den von ihm als Kommissionsminderheit gestellten Abänderungsantrag zu § 5 zurück. Der Antrag Lippert wurde angenommen. Fehling beantragte, der Ziffer 1 des § 8 folgende Fassung zu geben: „1. Zinsen für das dem Steuerpflichtigen selbst gehörende Anlage- und Betriebskapital. Dagegen sind Schuldenzinsen abzugsfähig." H. Eschenburg beantragte, im § 8 unter Ziffer 1 hinter das Wort „Zinsen" die Worte: „soweit sie 3 Proz. übersteigen" einzufügen. Im Zusammenhang hiermit beantragte Dr. von Brocken, dem zweiten Absatz des § 7 folgenden Zusatz zu geben: „Die Steuer wird ferner auf Antrag von dem Betriebe nicht erhoben, wenn der Ertrag in der nach § 15 des Gesetzes maßgebenden Zeit eine Verzinsung des Anlage- und Betriebskapitals mit einem Zinsfuß von 4 Proz. für das Jahr nicht rreicht hat." Es wurde beschlossen, diesen Antrag zugleich mit den obigen Anträgen zu § 8 zu beraten. Fehling beantragte, in dem Antrage Dr. von Brocken statt der Worte „des Anlage- und Betriebskapitals" zu setzen: „des angeliehenen Anlage- und Betriebskapitals." Der Bürgerausschuß lehnte den von H. Eschenburg zu Ziffer 1 des § 8 gestellten Zusatzantrag ab und nahm hierauf den Antrag Fehling zu dieser Ziffer an. Der Antrag v. Brocken wurde in unveränderter Fassung abgelehnt, dagegen mit dem von Fehling beantragten Zusatz angenommen. Mühsam beantragte, im ersten Absatz des § 8 dem zweiten Satze die Worte anzuhängen: „sowie die von den Apothekenbesitzern an den Staat zu entrichtende Rekognition und Rente." Dieser Antrag wurde angenommen. H. Eschenburg beantragte, in den § 8 als neue Ziffer 2 einzufügen: „Gewinnanteile (Tantiemen), Gratifikationen und ähnliche Bezüge, die den Angestellten, sowie bei juristischen Personen auch ihren Organen (Vorstand, Aufsichtsrat 2c.) gezahlt sind." und dementsprechend die Ziffern 2—4 als Ziffer 3—5 zu bezeichnen. Fehling beantragte, in dem § 8 als Ziffer 2 einzufügen: „2. Gehalte, Gebühren, Besoldungen, Tantiemen. Naturalbezüge, Gratifikationen und sonstige Bezüge der in den Gewerbebetrieben angestellten Personen, welche für den einzelnen Fall im Jahresgesamtbetrage 5000 Mk. übersteigen, sowie die Gehalte, Tantiemen, sowie andere Vergütungen und geldwerten Vorteile, die den Mitgliedern des Vorstandes und Aufsichtsrates von Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien, den Geschäftsführern, Vorstandsmitgliedern oder Mitgliedern eines Aufsichtsrates, Verwaltungsrates oder ähnlicher Organe von Gesellschaften m. b. H., Genossenschaften oder Gewerkschaften gewährt werden." und dementsprechend die Ziffern 2—4 als Ziffer 3—5 zu bezeichnen.

Boie beantragte, im vorstehenden Antrage Fehling statt „5000 Mk." zu setzen: „10 000". Der Antrag Fehling wurde in der von Boie beantragten abgeänderten Fassung angenommen. Hierdurch war der Antrag H. Eschenburg erledigt. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit richtete der Wortführer im Namen des Bürgerausschusses das Ersuchen an die Senatskommissare, eine Aussetzung der auf Montag, den 28. d. Mts., abends 6 Uhr, angesetzten Versammlung der Bürgerschaft beim Senate in Anregung zu bringen, damit der Bürgerausschuß in einer Abendsitzung an diesem Tage die Beratung der Vorlage beendigen könne. Die Senatskommissare sagten zu, diesem Ersuchen zu entsprechen.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche heute abend abgehalten werden sollte, ist auf kommenden Montag vertagt worden. Auf diese Weise soll es dem Bürgerausschuß ermöglicht werden, heute die Beratung der Gewerbesteuervorlage fortzusetzen und sie möglicherweise zu beendigen. In der nächsten Bürgerschaftssitzung haben verfassungsmäßig auch die Wahlen für die ausscheidenden Bürgerausschußmitglieder stattzufinden.

Der Raub des Koalitionsrechts, den die Lübecker Straßenbahnbehörde an den hiesigen Straßenbahnern widerrechtlich und grundlos vorgenommen hat, erfährt außer bei der Arbeiterschaft auch in allen fortschrittlich denkenden Kreisen die schärfste Verurteilung. Die nichtssagenden Ausreden, mit welchen der Senat vor wenigen Wochen der wuchtigen Anklage unseres Genossen Stelling in der Lübecker Bürgerschaft begegnete, haben natürlich nirgend den gewünschten Eindruck gemacht und deshalb ist das Spezialorgan für Volksentrechtung, das hiesige Amtsblatt, damit beauftragt worden, noch nachträglich dem Publikum das Gruseln vor der Organisation der Straßenbahner, dem Transportarbeiterverband, beizubringen. Dazu werden nun die kindlichsten Mittel benutzt: Weil in Bremen die Staatsanwaltschaft in dem Irrwahn lebt, daß der Transportarbeiterverband an den während des Straßenbahnerstreiks erfolgten Krawallen beteiligt sei, und deshalb einige Geschäftsbücher und Papiere der Verbandsverwaltung nach unserer Meinung in ungesetzlicher Weise beschlagnahmte, so sollen in Lübeck die Straßenbahner „einsichtig" genug sein, sich nicht auf den „sozialdemokratischen Leim locken" zu lassen. Eine solche uneigennützige Fürsorge der „Lübeckischen Anzeigen" für die Straßenbahner ist geradezu rührend. Sie ist geleitet von der Spekulation auf die Einfältigkeit — nicht Einsicht — der Angestellten der Lübecker Straßenbahn. Wenn man sich da nur nicht verrechnet. Heutzutage weiß jeder aufgeklärte werktätige Mann, daß eine Verbesserung seiner Lebenslage nur möglich ist durch eine straffe Organisation. Und daß die Lübecker Straßenbahnbehörde den Straßenbahnern, die sie aus ihrem Verbande herausterrorisiert hat, anstatt kleinen Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen direkte Verschlechterungen aufgezwungen hat, ist schon öffentlich konstatiert worden. Übrigens ist der Widerwille und die Abneigung gegen den „sozialdemokratischen Transportarbeiterverband" bei dem technischen Leiter unseres Lübecker Straßenbahnwesens nicht immer besonders stark entwickelt gewesen. Es gab eine Zeit — und sie liegt noch gar nicht so weit zurück — da wandte sich dieser Herr in mancherlei Angelegenheiten um Vermittelung an den Vorsitzenden der hiesigen Verwaltungsstelle des betr. Verbandes. Niemand litt dabei Schaden. Der scharfmacherische Wind, der jetzt weht, kommt von jener Seite, die am liebsten alle Organisationsbestrebungen der Arbeiter niederknüppeln möchte. Und das Amtsblatt leistet dabei wie immer Hausknechtsdienste.

Wie der Veteranenfonds entsteht. In der letzten Zeit gingen durch die bürgerliche Presse verschiedene Notizen, die sich mit der Veteranenfürsorge befaßten. Man will besonders zu Weihnachten den alten Kriegern, die ihr Blut für das Zustandekommen des Deutschen Reiches verspritzten — natürlich auch denen, die nur mit dabei gewesen sind und zugesehen haben — eine Gratifikation in Gestalt von klingender Münze zukommen lassen. Wir nahmen an, daß — nachdem der Staat den Veteranen Steuerfreiheit und das Reich aus den — allerdings ungenügenden Invalidenfonds Unterstützungen gewährte, für deren Erhöhung wir selbstverständlich eintreten — nur die Reichen und Wohlhabenden solche Weihnachtspräsente aufbringen würden. Darin haben wir uns leider geirrt. Es wird uns vielmehr mitgeteilt, daß man auf eine recht seltsame Art und Weise die Gelder für die Veteranen aufzutreiben sucht. So wurde am vergangenen Montag auf dem Hochofenwerk durch Anschlag bekannt gemacht, daß die Direktion ihre Arbeiter auffordert, an den Lohnzahlungstagen für den Veteranenfonds zu sammeln. Als nun der erste Lohntag eine nennenswerte Summe nicht brachte, ist am 17. d. Mts. jedem Meister und Aufseher eine Liste mit den Namen der Arbeiter zugestellt worden. Nun mußte jeder Arbeiter zum Meister kommen; dieser fragte den Betreffenden, ob er einen Betrag zeichnen wolle oder nicht. Es stehe in dem „Belieben jedes einzelnen." Diese Praxis ist auf Befehl der Leitung im ganzen Werk ausgeübt worden. Die ausländischen Arbeiter wissen natürlich überhaupt nicht, wofür sie ihr Geld los geworden sind. Deren Begriffsvermögen reicht nicht aus, den deutschen Patriotismus auf diese Art und Weise zu kapieren. Sie zahlen aber, weil der Meister es „in ihr Belieben" stellt. Wie leicht müßte es doch den reichen „Patrioten" sein, einen erheblichen Fonds aus ihren großen Mitteln zusammen zu bringen. Aber wenn die Arbeiter zahlen, braucht man ja nicht so tief in den eigenen Geldbeutel zu greifen.

Bericht der Kommission für Bauarbeiterschutz. Die Bauarbeiterschutz-Kommission hielt am 28. November eine Baukontrolle ab: diese erstreckte sich auf den ganzen Stadtbereich einschließlich der Heilstätte Strecknitz. Es wurden insgesamt 85 Bauten kontrolliert; davon waren 50 ohne Bedachung, 35 mit Bedachung. Die Fensterdichtung laut Verordnung war allgemein innegehalten. Beschäftigt waren dort am Tage der Kontrolle 765 Personen, davon waren von Beruf: Maurer 262, Zimmerer 110, Bauhilfsarbeiter 270, Tischler 8, Töpfer 5, Klempner 3, Dachdecker 3, Stukkateure 6, Lehrlinge insgesamt 98. Den Zutritt zur Baustelle resp. zur Kontrolle verweigerten zu wiederholten Malen J. Nehls, Schwartauer Allee und Zimmer, Lilienstraße. Die genannten Herren stellen sich eben auf den Standpunkt sie können ihren Bau selbst kontrollieren; sie räumen den Arbeitnehmer das Recht nicht ein, sich selbst zu kontrollieren. Für sie ist es ein großes Glück zu nennen, daß wir noch eine Behörde haben, die Einsicht nimmt. Die Kommission wird selstverständlich trotzdem ihr Augenmerk auch auf sie richten. Es bestanden verschiedentlich noch kleinere Mängel, wie: mangelhafte Abdeckungen, Absperrung von Türlöchern und Fenstern, Fehlen der Brustwehr bei Fassadenputz; aufgefallen ist im besonderen das Fehlen der Schutzgeländer bei Betontreppen. Es wird die Meinung vertreten, wenn ein besonderer Leitergang in die Etagen führt, daß dann das Schutzgeländer nicht notwendig ist. Zum mindesten muß aber dann das Treppenhaus abgesperrt sein. Dies sind alles Mängel am Schutzgerüst, die mit etwas gutem Willen leicht abgestellt werden können. Wir halten die Forderung auf Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen in jeder Beziehung aufrecht.

Kommission für Bauarbeiterschutz.

Arbeitslosenzählung. Endlich soll die von den Vertretern der Arbeiterschaft so oft erhobene Forderung nach einer Arbeitslosenzählung Erfüllung finden in Lübeck. Sie wird zugleich mit der bekanntlich am 1. Dezember stattfindenden Volkszählung vorgenommen. Wir wollen hier auf die Wichtigkeit dieser Zählung noch einmal besonders aufmerksam machen und fordern daher alle organisierten Arbeiter auf, den Zählbogen genau und wahrheitsgetreu auszufüllen und an ihren Arbeitsstätten und anderen Orten auch auf die Nichtorganisierten einzuwirken, daß sie es ebenfalls tun. Diese Zählung wird für lange Zeit die Grundlage für alle Erörterungen der Arbeitslosenfrage in unserer Stadt bilden: sie wird den Gewerkschaftsführern und unserer Bürgerschaftsfraktion das Material liefern, ihre Forderungen nach einer Arbeitslosenversicherung und sonstiger Arbeitslosenfürsorge genauer zu begründen. Erst wenn die Arbeitslosigkeit in vollem Umfang festgestellt ist, können wir unsere Anträge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit aller Energie vertreten. Allerdings liegt es andererseits durchaus nicht etwa im Interesse der Arbeiter, bei den statistischen Feststellungen zu übertreiben. Übertriebene Darstellung der Arbeitslosigkeit könnte eventuell unsern Behörden nur eine bequeme Ausrede an die Hand geben von jeder Maßnahme Abstand zu nehmen, da ja doch die Mittel nicht ausreichen würden.

Die Arbeitslosenzählung soll feststellen

1. diejenigen, die am 1. Dezember selbst arbeitslos sind,
2. diejenigen, die in der Zeit vom 1. Dezember 1909 bis 1. Dezember 1910 überhaupt einmal oder mehrere Male arbeitslos waren.

Jeder — Mann oder Frau — auf den einer dieser zwei Fälle zutrifft, hat schon auf dem allgemeinen Volkszählungsbogen in den letzten Spalten (Sp. 15, 16 u. 17) dies anzugeben. Er erhält dann einen besonderen Zählbogen für die Arbeitslosenzählung und soll ihn, falls er ihn etwa nicht erhalten hat, vom Zähler sich ausbitten. Von allen, sowohl von denen, die augenblicklich, als auch von denen, die im Laufe des Jahres arbeitslos waren, sind die einfachen Fragen nach Name und Familie (Nr. 1—5) zu beantworten; ebenso die Fragen Nr. 10—12, ob die Erwerbsfähigkeit etwa durch körperliche Schäden vermindert sei und ob irgendwelche Rente bezogen wird.

Die Fragen 6—9 werden nur von denen, die am 1. Dezember noch arbeitslos sind, ausgefüllt. Arbeitslos in diesem Sinne sind natürlich auch die Gelegenheitsarbeiter, z. B. Hafenarbeiter, die die ganze Woche gearbeitet haben, aber gerade am Donnerstag, weil vielleicht ein Schiff nicht eingetroffen ist, ohne Arbeit sind. Ebenso die Räuchereiarbeiterin, die, weil gerade keine frische Ware vorhanden ist, am Zählungstage ohne Arbeit und Verdienst ist. Nicht arbeitslos ist natürlich ein im Wochenlohn festangestellter Arbeiter, für den der Arbeitgeber gerade an dem Tag keine Beschäftigung hat oder ein Dienstmädchen in Stellung, dessen Herrschaft verreist ist. Nicht arbeitslos sind im Rahmen der Zählung auch die erwerbsunfähig Kranken. Wer aber durch Krankheit seine Stelle verlor, und obgleich er wieder gesund ist, noch keine neue Arbeit wiederfand, zählt als arbeitslos.

2) Schwieriger wird es für viele sein, genau anzugeben, wie oft und wie lange sie im Laufe des Jahres ohne Arbeit waren. Hier wollen wir besonders darauf hinweisen, daß auch als erwerbslos gilt, wer infolge Streik mit dem Arbeitgeber, also Streik oder Aussperrung sowie Maßregelung ohne Arbeit war. Es müssen also alle Bau- und alle Werftarbeiter hier die Zeit ihrer Aussperrung eintragen.

Zum Schlusse wollen wir nur noch bemerken, daß als arbeitslos nur Arbeitnehmer gelten können, nicht aber Selbständige, z. B. Händler, Schneidermeister, Schuhmachermeister 2c. die zeitweise im Jahre keine Beschäftigung hatten. Auch Wasch- und Reinmachefrauen, die in verschiedene Häuser gehen, gelten als selbständig und dürfen sich unter den Arbeitslosen nicht mitzählen.

Wenn jeder, wie wir es hoffen, die Fragen genau liest und wahrheitsgemäß beantwortet, so wird mit ziemlicher Genauigkeit die Zahl der am 1. Dezember Arbeitslosen ermittelt werden können. Die gesamte Arbeitslosigkeit des verflossenen Jahres wird allerdings bei dieser Art der Zählung durchaus nicht festgestellt. Wieviele haben nicht wegen Mangel an Arbeit unserer Stadt den Rücken gekehrt. Hat doch das Statistische Amt selbst nachgewiesen, daß Lübeck aus diesem Grunde am Anfang des Jahres an Einwohnerzahl abgenommen hat. Deshalb werden die gefundenen Zahlen stets der Ergänzung bedürfen, z. B. durch die Statistik der Gewerkschaften, die ja ihre Abgereisten zählen.

Beseitigte Schiffahrtsstörung. Die Beschädigung des Lagerblocks der Lagerwelle des Klapptores der Donnerschleuse, die eine Einstellung des durchgehenden Schiffahrtsverkehrs im Elbe-Trave-Kanal zur Folge hatte, ist repariert worden, so daß der Schiffahrtsverkehr Sonnabend in vollem Umfange wieder aufgenommen werden konnte.

Schwankende Gesundheit. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet starben in der Woche vom 6. bis zum 12. November von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in Aachen 14,2, Altona 12,5, Augsburg 21,8, Barmen 12,0, Berlin 13,1, Bielefeld 15,0, Bochum 14,0, Bonn 13,6, Borbeck 19,1, Braunschweig 14,5, Bremen 15,7, Breslau 17,6, Charlottenburg 12,3, Chemnitz 11,0, Danzig 18,1, Darmstadt 11,2, Dortmund 9,2, Dresden 14,5, Deutsch-Wilmersdorf 4,4, Duisburg 9,6, Düsseldorf 12,3, Elberfeld 14,8, Erfurt 12,9, Essen 9,8, Frankfurt a. M. 14,4, Freiburg i. B. 15,1, Flensburg —, Frankfurt a. O. —, Fürth —, Gera —, M.-Gladbach —, Gleiwitz —, Gelsenkirchen 21,0, Görlitz 15,3, Hagen 11,3, Halle a. S. 15,4, Hamborn 15,2, Hamburg 13,5, Harburg —, Hannover 12,7, Heidelberg —, Karlsruhe 16,1, Kassel 13,7, Kiel 13,2, Köln —, Königsberg i. P. 16,8 Kaiserslautern —, Königshütte 18,4, Krefeld —, Koblenz —, Leipzig 12,1, Linden 11,5, Liegnitz —, Lübeck 13,5, Ludwigshafen 11,4, Magdeburg 16,9, Mainz 9,1, Mannheim —, Metz 11,4, Mülhausen i. E. 16,6, Mühlheim a. d. R. 12,8, München 17,0, Münster 11,3, Nürnberg 13,5, Offenbach 18,8, Plauen i. V. 12,2, Posen 21,8, Remscheid 8,2, Rixdorf 8,7, Saarbrücken 12,7, Schöneberg 7,7, Spandau 12,3, Stettin 15,1, Straßburg i. E. 18,0, Stuttgart 15,9, Wiesbaden 11,3, Würzburg 12,9, Zabrze 139,, Zwickau 10,8.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Am Dienstag, dem 29. November, abends 7 Uhr, wird Kammersänger Alois Pennarini ein Gastspiel als Lohengrin in Wagners gleichnamiger Oper absolvieren. Dieses Gastspiel des gefeierten Künstlers findet ausnahmsweise bei gewöhnlichen Opern-Preisen statt. Für Mittwoch, abends 8 Uhr, ist bei kleinen Preisen außer Abonnement die erfolgreiche Operette „Die Förster-Christl" von Jarno nochmals angesetzt. In Vorbereitung befindet sich die sensationelle Schauspiel-Novität „Kasernenluft" von Stein und Söhngen.

Rückniß. Eine öffentliche Volksversammlung fand am Sonntag im Saale des Wirtes Dieckelmann statt. Genosse Bromme-Lübeck referierte über das Thema „Steuerlasten, Kaiserreden, Lebensmittelwucher" und ging am Schlusse seiner Ausführungen des näheren auf die im nächsten Jahre bevorstehende Reichstagswahl ein. Auch müsse es möglich sein, in unserem aufblühenden Industrieort bald einen ansehnlichen Parteiverein ins Leben zu rufen. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion tadelte ein Redner den politischen Indifferentismus, der unter der Arbeiterschaft herrsche und forderte zum Beitritt in den Sozialdemokratischen Verein und zum Abonnement des „Lübecker Volksboten" auf. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Wegner, kurz die Ausführungen ergänzte, fand die Versammlung ihr Ende.

Gnissau. Gemeinderatswahl. Bei der am 24. November stattgefundenen Gemeinderatswahl siegten die von den Arbeitern aufgestellten Kandidaten. Es erhielten: Kätner Heinrich Wisser und Kleinhufner Wilhelm Spetzer je 35 Stimmen, Tischlermeister Latendorf 63 Stimmen. Latendorf wurde von beiden Parteien aufgestellt. Unsere Gegner erhielten: Hufner Gustav Grimm 30 und Hufner Franz Wulf 28 Stimmen. Somit ist der Gemeinderat aus Leuten zusammengesetzt, die unsere Interessen hoffentlich nach Möglichkeit vertreten. Unsere größten Gegner sind an die Luft gesetzt.

h. **Malente.** Gemeinderatswahl. Bei der am Donnerstag stattgefundenen Gemeinderatswahl wurden 5 Bürgerliche und 1 Sozialdemokrat gewählt. Der Wahlausgang wurde mit großer Spannung erwartet. Da im bürgerlichen Lager eine Spaltung, durch die Gemeindevorsteherwahl hervorgerufen, eingetreten war, boten beide Parteien uns Kompromisse an, die aber von unseren Genossen abgelehnt wurden. Trotzdem setzten nun die Gegner, natürlich um Stimmenfang zu treiben, Arbeiter bezw. Parteigenossen auf ihre Liste. Auf unserer Liste erhielten Stimmen: Müller Frahm-Gremsmühlen 263, Hufner Burmeister-Kreuzfeld 262, Maurer Münster-Malente 270, Maurer Plötz-Malente 124, Arbeiter Boll-Malente 124, Tischler Horstmann-Malente 125. Die ersten drei Herren waren auch vom Bürgerverein, Liberalen Wahlverein und dem Bund der Landwirte aufgestellt. Die weiteren Kandidaten dieser Vereine schnitten wie folgt ab: Maurermeister Stammann-Malente 145 Stimmen, Hotelbesitzer Fieck-Malente 143 Stimmen, Arbeiter Bahr-Malente 144 Stimmen. Die dritte Gruppe, die die Absicht hatte, den früheren Gemeindevorsteher, Kaufmann Kreutzfeldt, durchzubringen, erzielte folgendes Resultat: Hufner Bentfeldt-Malente 198, Hufner Wisser-Hakkamp 192, Kaufmann Kreutzfeldt-Malente 198, Bauunternehmer Paap-Malente 173, Arbeiter Ehrig 184, Zimmerer Rathje 180 Stimmen. Gewählt sind Münster, Frahm, Burmeister, Bentfeldt, Kreutzfeldt und Wisser. Genosse Münster ist somit der einzige Vertreter der Arbeiterschaft in unserm Gemeindeparlament. Von der letzten Gruppe haben sich viele Arbeiter übertölpeln lassen. Es haben mindestens 40—50 Arbeiter ihre Stimme für diese Liste abgegeben. Der Sieg mußte sonst unser sein. Für unsere Genossen zeigt sich, welches Gebiet noch zu bearbeiten ist, damit diese Leute zu der Einsicht kommen, daß nur die Sozialdemokratie es ist, die die Interessen der Arbeiter vertritt. Also Genossen, ans Werk! Es gilt, diese Scharte auszuwetzen. Von 561 Wahlberechtigten machten 458 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. — Neuer Gemeindevorsteher. Die Wahl des Oberleutnant a. D. Meyer aus Timmendorfer Strand zum Gemeindevorsteher der Gemeinde Malente ist von der Regierung bestätigt worden. Der Antritt erfolgt am 1. Dezember.

w. **Mölln.** Feuer entstand gestern morgen im Stallgebäude der Stamerschen Gastwirtschaft, Hauptstraße; im Stall lagerndes Stroh war in Brand geraten. Ohne den Stall zu beschädigen wurde das Feuer gelöscht.

Hamburg. Ertrunkenes Kind. Beim Spielen an der Südkanalbrücke fiel am Sonnabend nachmittag der sechsjährige Knabe Ahrens aus der Idastraße Nr. 13 ins Wasser und ertrank. Die Leiche wurde bald darauf durch einen Bootsmann aufgefischt und auf Wunsch der Mutter in die elterliche Wohnung geschafft.

Glückstadt. Ein großes Schadenfeuer kam Freitag abend eben nach Eintruch der Dunkelheit im nahen Neuenbrook zum Ausbruch. Es brannte der umfangreiche Nebenhof des Hofbesitzers Heinrich Strüven. Das Haus war von zwei Familien bewohnt, denen es nur gelang, das nackte Leben zu retten. Das gesamte Mobiliar und etwa 10 Schweine sind den Flammen zum Opfer gefallen; 7 Stück Schweine konnten noch geborgen werden. Die Entstehungsursache des Feuers soll darauf zurückzuführen sein, daß eine Petroleumlampe, die beim Viehfüttern benutzt wurde, umgefallen und explodiert ist.

Bremen. Sein Kind zu Tode gemißhandelt. Der 23jährige Arbeiter Aug. Friedr. Alberts wurde vom hie-

igen Schwurgericht wegen Totschlags zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Er hat sein im April d. Js. geborenes Kind wiederholt schwer mißhandelt, und als seine Frau ihm vorwarf, er mache das Kind zum Krüppel, erwidert, das Aas solle krepieren, er wolle nicht dafür arbeiten. Im Juni flüchtete die Frau mit dem Kinde in ein Kinderasyl, wo festgestellt wurde, daß der Schädel des Säuglings mehrfach verletzt und gebrochen war. Einige Tage darauf erlag das Kind den Verletzungen.

Soziales.

Überwachung der Kinderarbeit. Berichte über die Handhabung des Kinderschutzgesetzes, die der preußische Unterrichtsminister einforderte, haben ergeben, daß das Gesetz bisher im allgemeinen noch unvollkommen durchgeführt wird, und daß bei den der Durchführung entgegenstehenden Schwierigkeiten auf eine tätige Mitwirkung der Schule für die Handhabung der Aufsicht besonderer Wert gelegt werden muß. Aus diesem Grunde hat der Minister im Einverständnis mit dem Minister für Handel und Gewerbe genehmigt, daß die Feststellung der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in gewerblichen Betrieben unter Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen erfolgt. Diese sollen die Feststellung der Beschäftigung durch Befragen der Kinder treffen. Die Listenführung soll möglichst einfach gestaltet werden. Es sollen einige kurze Angaben über Namen, Eltern, Arbeitgeber der Kinder, Art der Beschäftigung als Grundlage für etwaige polizeiliche Maßnahmen genügen. In bestimmten Zeiträumen — meistens zweimal im Jahre — sind die Listen durch den Kreisschulinspektor dem Gewerbeinspektor zu übermitteln.

Mißbrauch der Krankenkassen. Die Reichsverbändler sind gerade jetzt wieder dabei, in schamlosester Weise über „sozialdemokratischen" Mißbrauch der Krankenkassen zu schwindeln, was freilich die Unternehmer nicht hindert, ihrerseits frechsten Mißbrauch mit Kasseneinrichtungen zu treiben. So ist in Königsberg die vor einigen Jahren gegründete Bauinnungs-Krankenkasse aufs engste verbunden mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und dessen Arbeitsnachweis, der ins Leben gerufen wurde, um die Maurer und Arbeiter in die christlichen Organisationen zu pressen. Die Geschäfte des Arbeitsnachweises werden im Bureau und von den Angestellten der Krankenkasse besorgt. Man hatte sogar beschlossen, daß der von der Krankenkasse mit 100 Mk. pro Monat besoldete Kontrolleur auch den Arbeitsnachweis leiten sollte. Später muß den Herren die Sache doch zu bedenklich vorgekommen sein, und so faßten sie denn den Beschluß, daß 65 Mk. vom Gehalt des Kontrolleurs der Arbeitgeberverband tragen solle. Inzwischen ist die Innungskasse ein Maßregelungs-Institut geworden. Meldet ein Arbeitgeber die Leute bei der Kasse ab, so macht er dem Arbeitsnachweis die Mitteilung, daß dieser oder jener Arbeiter keine Beschäftigung mehr nachgewiesen erhalten soll. Der Vorstand der Innungskasse ist sogar soweit gegangen, ein Rundschreiben an die Mitglieder der Bauinnung zu erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Ferner fügen wir ein Verzeichnis derjenigen Leute bei, von denen uns die Erfahrung gelehrt hat, daß dieselben sich nur auf Kosten der Krankenkassen herumdrücken. Es sind dies geschickte Simulanten und mit alten Schäden behaftete Leute, die nur ein paar Tage arbeiten, um sich Zugehörigkeitsrechte zur Krankenkasse zu erwerben und sich dann krank melden. Es wird gebeten, diese Leute nicht in Beschäftigung zu nehmen, denn sie nützen dem Arbeitgeber tatsächlich nichts."

Unterzeichnet ist dieses Rundschreiben von einem Herrn Paul Lauffer, dem Schreiben ist eine Liste mit den Namen von 16 Bauarbeiten, 6 Maurern und 3 Zimmerern beigefügt. Als ein Arbeiter entlassen wurde, bedeutete man ihm, das geschehe auf Anweisung der Innungskrankenkasse. Damals war von dem Ukas des Vorstandes der Krankenkasse noch nichts bekannt und derselbe Lauffer hatte noch den Mut abzuleugnen, daß die Kasse ihre Hand im Spiele habe. Jetzt ist aber dafür der offenkundige Beweis erbracht worden. Die bürgerlichen Zeitungen werden natürlich diesen skandalösen Mißbrauch der Krankenkasse totschweigen und weiter über sozialdemokratischen „Mißbrauch" der Krankenkassen schwindeln.

Quitt[illegible].

Im Monat Oktober gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Aachen-Stadt, 3. Quart. 1910 96,62 Mk. Altkirch-Thann, 2. Quartal 1910 5,08. Aachen-Land, soz. Verein 3. Quartal 1910 69,80. Berlin-Groß, a konto seiner acht Wahlkreise 15 000,—. Berlin, diverse Beiträge 702,45. Beelitz, Genossen in der Lungenheilstätte 20,—. Breslau Ost und West, 1. Quart. 1910/11 1150,59. Bant, Beitrag vom 1. Quartal 1910/11 716,34. Braunschweig, 1. R.-W.-W. 1020,73; Braunschweig, 3. R.-W.-Kr. 92,55. Bern 50,—. Köln a. Rh., Reg. W. 20,—. Krefeld, 1. Quart. 1910/11 279,18. Düsseldorf, 1. Quart. 1910/11 907,30. Essen a. R., 1 Quart. 1910/11 900,21. Euskirchen-Bergheim, 1. Quart. 1910/11 16,—. Erfurt-Schleusingen 300,—. Elberfeld-Barmen, 1. Quartal 1910/11 1000,—. Eberswalde (Wahlkreis Oberbarnim), 3. Quart. 1910 143,22. Frankfurt a. M., 3. Quart. 1910 1471,70. Falkenberg, Oberschlesien 7,10. Freiburg, 5. bad. R.-W.-Kr., 3. Quart. 1910 91,68. Gebweiler, 3. Quart. 1910 14,92. Hamburg, 1. R.-W.-Kr. 5000,—; Hamburg, 2. R.-W.-Kr. 5000,—; Hamburg, 3. R.-W.-Kr. 15 000. Hagen i. W., 3. Quartal 1910 565,05. Halle a. S. 1200,—. Jerichow I und II., 3. Quart. 1910 571,45. Kempen, 3. Quart. 1910 25,74. Ludwigshafen, Gau Pfalz, Nachtrag vom 1. Quart. 1910 62,21. Desgl., 2. Quart. 1910, Wahlkreise: Ludwigshafen-Speyer 840,—, Neustadt 156,18, Germersheim 23,64, Pirmasens 132,30, Homburg 25,86, Kaiserslautern 132,90. Sa. 1373,09. Limbach-Mittweida, 15. sächsischer R.-W.-Kr., 3. Quartal 1910 600,—. Lüneburg, 16. hannoverscher R.-W.-K., a konto 1910/11 400,—. Mülheim-Wipperfürth, 1. Quartal 1910/11 498,66. Mülhausen im Elsaß., 3. Quartal 158,58. Magdeburg, 3. Quart. 1910 1345,13. Nürnberg, Gau Nordbayern, Rest vom 1. Quartal 1910, Wahlkreise: Erlangen-Fürth 32,70, Bayreuth 18,75, Hof 35,67, Bamberg 17,88, Kronach-Lichtenfels 9,03. Desgl. 2. Quart. 1910, Wahlkreise: Erlangen-Fürth 774,96, Bayreuth 303,42, Schweinfurt 176,82, Hof 194,28, Ansbach-Schwabach 229,02, Regensburg 107,52, Neustadt a. W. 43,74, Eichstätt 19,74, Kitzingen 23,04, Kronach-Lichtenfels 79,56, Bamberg 80,22, Lohr 28,08, Würzburg 243,48, Amberg 26,46, Nürnberg 2963,29, Forchheim-Kulmbach 72,96, Neumarkt 14,52, Dinkelsbühl 41,15, Aschaffenburg 69,63, Neustadt a. S. 21,45, Rothenburg 17,70. Sa. 5645,09. Nordische Wasserkante 60 000. Ottensen-Pinneberg-Elmshorn, 6. schleswig-holst. Kr., 2 a Konto-Raten a 800 = 1600. Oldenburg, 1. R.-W.-Kr., 3. Quartal 1910 177,35. Potsdam-Osthavelland, 3. Quartal 1910 440,08. Prenzlau-Angermünde, 3. Quartal 1910 77,33. Quedlinburg-Aschersleben-Calbe, 8. Quartal 1910 694,80. Recklinghausen 267,—. Stettin, Agitationsbezirk Pommern, 2. Quartal 1910, Wahlkreise: Stettin 310,20, Randow-Greifenhagen 513,84, Usedom-Wollin 103,31, Greifswald-Grimmen 62,37, Stralsund-Rügen 67,84, Anklam-Demmin 18,42, Kolberg-Köslin 56,76, Stolp-Lauenburg 13,92, Naugard-Regenwalde 9,36, Pyritz-Saatzig 11,53, Greifenberg-Kammin 12,75, Neustettin 9,60, Dramburg-Schivelbein 5,28, Bütow-Schlawe 7,80, Sa. 1202,98. Saarbrücken, soz. Verein des Saarreviers 3. Quartal 1910 70,43. Solingen 3. Quart. 1910 743,11. Stendal-Osterburg 3. Quart. 1910 209 30. Siegen i. W. 1. Quart. 1910-11 23,58. Singen a. H., 1. bad. R.-W.-Kr. 20,—. Schleswig, 3. schlesw.-holst. Kr., 1. Quart. 1910-11 178,36. „Vorwärts" 3. Quart. 1910 16 479,—. „Wahrer Jakob", „Neue Zeit", „Gleichheit" 15 000,—. Worms-Heppenheim 3. Quart. 1910 109,50. X. Y. Z., a Konto-Zahlung 5000,—. Zinsen aus dem Marxismus 10 000,—.

Berlin, den 21. November 1910.

Für den Parteivorstand: J. V.: Fr. Ebert, Lindenstraße 69.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 26. November.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Hasen 3,50—4 Mk., Enten 3,00—4,00 Mk., Hühner 1,60—2,50 Mk., Küken Stck. 1,60—2,00 Mk., Tauben Stück 0,55—0,65 Pf., Gänse Pfd. 0,78—0,85 Mk., Flickgans 2 Mk., Schinken Pfd. 0,90—1,10 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 1 Stück 11 u. 12 Pfg. Heringe 2 St. 10 Pfg., Dorsche genüg., Süßwasserfische genüg. Karpfen Pfd. 1,10 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk. Schleie Pfd. 1,40—1,60 Mk., Brachsen 60-70 Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 55—70 Pfg., Aal Pfd. 0,80—1,00 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Pfund 50—70 Pf., Mand Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.

Lübeck, 26. Novbr.

Weizen, 125—130 Pfd. holl. 180—185 Mk. **Roggen** 115—122 Pfd., neuer holl. 130—140, **Gerste**, nach Qualität 130—145 Mk. **Hafer**, nach Qualität, 140—152 Mk. hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 26. Novbr.

Auftrieb 3384 Schweine. Markt flau. Überstand 260 Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 65,00 bis 66,00 (52,00 bis 53,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., —,— bis 64,00 (—,— bis 51,—) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 64,00 bis 65,00 (50,00 bis 51,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 64,— bis 64,50 (50,— bis 50,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 58,00 bis 63,00 (44,00 bis 48,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 58,— bis 60,00 (46,50 bis 48,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 50,00 bis 56,00 (39,00 bis 43,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute nachmittag 3 Uhr entschlief nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Sohn, Bruder u. Schwager, der Kaufmann

Heinrich Hagelstein

im 32. Lebensjahre. Um stilles Beileid bittet

Frau **Marie Hagelstein Wwe.**
Johann Hagelstein und Frau, Bergedorf.
Joachim Hagelstein und Frau.
Ernst Brickson und Frau, geb. Hagelstein.

Lübeck, den 26. November 1910.

Zugedachte Kranzspenden nach der Brockesstr. 18 pt. erbeten.

Die Beisetzung findet am Mittwoch, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhofe von der Kapelle aus statt.

Zum 1. Januar **eine Zweistubenwohnung** zu vermieten, Preis 125 Mark. Näheres
Meiereistraße 17, Hinterhaus.

Zum 1. Dezember ein gut möbl. **Parterrezimmer** nach vorne für einen jungen Herrn
Rosenstraße 29.

In Secrets am 1. Januar 1911 **eine Wohnung** zu vermieten. Näh. Renefeld, Lindenstraße 63.

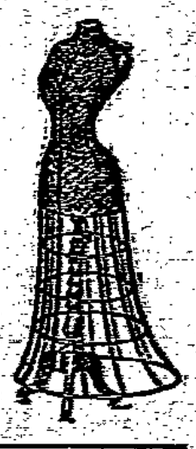
Weihnachts- u. Neujahrskarten
in größter Auswahl.
Billigste Bezugsquelle für Hausierer u. Wiederverkäufer.
Zum billigen Laden
:: Hüxstrasse 27 ::

Die Krankenpflege im Hause
als neunzehntes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben erschienen. Ein unentbehrlicher Ratgeber für jede Familie, da über Behandlung der Kranken im allgemeinen, Einrichtung der Krankenstube, Hilfeleistung, Lagerung und Reinigung des Kranken 2c. wichtige Ratschläge gegeben sind.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition d. Volksboten.

Zu kaufen gesucht ein gut erh. **großer Puppenwagen.**
Off. u. **B S 5** an die Exp. d. Bl.

Sofa, Stühle, Tisch, Teppich, Waschtisch, Bettstellen, Kinderwagen, Bilder, Freischwinger, Puppenwag. billig zu verk. Johannisstr. 70, I.

Pflaumenmus
hochf. frische Ware, lose vom Faß Pfd. 22 Pfg. **Böttcher**, Alfstr. 11.

Büsten
mit Ständer
Mk. 4.75
„ 7.50
herstellbar
Mk. 10.—
„ 12.—

Georg Davidsen
Breitestr. 12.

Ausspielen
von
Gänsen, Karpfen, Rauchfl.
auf einem Ziehbillard
Donnerstag, 1. Dezbr.
Anfang 10 Uhr morgens.
Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Franz Busch Unter-[illegible]

Schmiedestr. 20. **Tonhalle.** Schmiedestr. 20.
Lichtspiel-Theater.
Neue Bilder: Donnerstags und Sonntags.
Die Direktion.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Mitgliedschaft Lübeck.
Einladung zum
Weihnachtsvergnügen
bestehend in Tannenbaum- und Kindervergnügen,
am Sonntag, dem 18. Dezember 1910, im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Von 5—7 Uhr **Kinderbescherung**, ab 7 Uhr **Ball**. Ende 2 Uhr.
Eintrittspreis 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg.
Das Komitee.
NB. Eltern, deren Kinder am Singen teilnehmen wollen, werden ersucht, dieselben zum Dienstag, den 29. November, abends von 6—7 Uhr, nach dem Gewerkschaftshaus, Zimmer 4, zu senden.

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.
Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.40** Mk.

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf und Umgeg.
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 29. Nov. abends 8½ Uhr, bei Herrn L. Paetau, Fackenburg.
Der Vorstand.

Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 29. Novbr.
abends 8¼ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gen. Dr. Schlomer über: Die Geschichte der Reformation.
2. Bericht der Aufsichtskommission des paritätischen Arbeitsnachweises.
3. Kartellbericht.
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Hasen-, Kanin-, Wildfelle, sowie Pferdehaare
kauft zu den höchsten Tagespreisen
D. Wagner, Holstenstraße 8.

Arbeiter-Bildungsverein.
Lübeck.
Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß Karten zum Kaiserpanorama zu ermäßigten Preisen, sowie Vorzugsbilletts für das Hansatheater in der Redaktion des „Volksboten" erhältlich sind.
Der Vorstand.

Hansa-Theater
Heute Montag 8¼ Uhr.
Gastspiel des
Wiener Kunst-Theaters.
Hinter dem Vorhang.
Komödie in 3 Akten
von **Marco Brociner.**
Inszeniert von Direktor **Karl Langkammer.**
Vorzugskarten haben nur wochentags **Gültigkeit.**

Neues Stadttheater.
Dienstag, 29. Novbr. Abds. 7 Uhr.
Ausnahmsw. b. gewöhnl. Op.-Pr.
Voll.-Abon. 65. Dienstag-Abon. 11.
Gastspiel des Kgl. Kammersängers
Alois Pennarini
vom Stadttheater in Hamburg.
Lohengrin.
Große Oper von R. Wagner.
Mittwoch, 30. Nov. Abds. 8 Uhr.
Außer Abonnement.
Bei kleinen Preisen!
Die Förster-Christl.
Operette von Georg Jarno.
In Vorbereitung! Neu!
Kasernenluft.
Schauspiel von Stein u. Söhnen.
Sensationellster Schlager d. Saison